Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern d s Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parre[illegible]
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 112 | Montag, den 23. April | Jahrgang 1928

Der Wahltag in Frankreich.

Stärkere Wahlbeteiligung als 1924.

— **Paris**, 22. April. Die Wahlen haben sich in ganz Frankreich, soweit bis zum späten Nachmittag Nachrichten vorliegen, ohne Zwischenfälle vollzogen. Der Wahlakt begann um 8 Uhr und wurde um 6 Uhr geschlossen. In Paris zeigte sich vor den einzelnen Wahllokalen rege Tätigkeit, die im Heranschleppen der säumigen Wähler besteht. Im übrigen haben die verschiedenen Parteien im Laufe der vergangenen Nacht durch auffallende Plakate für ihre Kandidaten geworben. Die Wahlbeteiligung soll sowohl in Paris als auch in der Provinz eine stärkere gewesen sein als im Jahre 1924. Der Präsident der Republik, der im Rambouillet weilte hat sich heute vormittag in aller Frühe nach Paris begeben, um seine Wahlpflicht zu erfüllen. Er hat sich kurz nach 8,30 Uhr nach dem Wahllokal des Bezirks des Elysees begeben und ist dann nach Rambouillet zurückgekehrt. Poincaré hat im Maasdepartement in der Gemeinde Sampigny, in der sein Landsitz liegt, sein Wahlrecht ausgeübt.

★

Zwischenfälle im Wahlkampf.

V **Paris**, 22. April. Bei dem französischen Wahlkampf, der am Freitag und Sonnabend seinen Höhepunkt erreichte, kam es zu mehreren Zwischenfällen, die sich in Paris und der näheren Umgebung abspielten. Eine Versammlung, in der der Pariser Stadtrat Branden, der Kandidat der Radikalsozialistischen Partei, sprach, wurde von faschistischen Anhängern des Abg. Taittinger gesprengt.

Eine zweite Versammlung, in der der Sozialist Leon Blum redete, wurde von Kommunisten gestürmt. Nachdem die Polizei eingegriffen und die Kommunisten vertrieben hatte, gelang es, die Versammlung ohne Zwischenfall fortzusetzen. Am Freitag abend wurde eine Gruppe von acht jungen Leuten, die von einer Versammlung der gemäßigten republikanischen Partei heimkehrten, von Kommunisten überfallen. Drei von ihnen wurden leicht verletzt. Auch in der nächsten Umgebung von Paris, in Asnières, kam es zu Zwischenfällen. Der Minister für Handel und Luftschiffahrt, Bokanowski, wurde, als er die Rednertribüne betrat, von den Anwesenden am Reden verhindert. In dem Saal waren zahlreiche Flieger, die zu dieser Gelegenheit aus Le Bourget, dem Pariser großen Flugplatz, herübergekommen waren. Bokanowski gelang es nicht, der Erregung der Anwesenden Herr zu werden, die ihm in sehr scharfen Worten seine Haltung gegenüber den Fliegern Costes und Le Brix vorwarfen. Er mußte unverrichteter Sache die Versammlung verlassen.

Das Ereignis in Asnières hatte folgendes Vorspiel: Die Vereinigung der Zivilflieger versammelte sich gestern und faßte einen Beschluß, der in dem Wahlbezirk des Ministers Bokanowski in Asnières an den Straßen angeschlagen wurde. Der Anschlag besagt u. a.: Die Vereinigung der Zivilflieger, die mehr als 1500 Mitglieder umfaßt, erklärt, daß der Minister Bokanowski seiner Aufgabe als Luftfahrtminister in dem letzten Jahr nicht gerecht geworden sei. Sie rechnet auf die Einsicht der Wähler von Asnières, die dem Minister die rechte Antwort erteilen solle und weist als Beispiel für sein Verhalten auf die skandalöse Behandlung der Flieger Costes und Le Brix hin, die der beste Beweis für die Unfähigkeit Bokanowskis sei.

★

Briand, Herriot und Tardieux wiedergewählt.

— **Paris**, 22. April. Die Wahlhandlung ist ruhig verlaufen. Es werden nur wenige Zwischenfälle von untergeordneter Bedeutung gemeldet. Selbst die Agitation in letzter Stunde hat, wie „Echo de Paris" feststellt, die Wählermassen nicht aus der Ruhe bringen können, mit der die Wahl vollzogen wurde. Im Augenblick liegen Ergebnisse aus Paris noch nicht vor. Es werden gemeldet die Wiederwahl von Briand, Herriot und Tardieu, außerdem aus ländlichen Bezirken die Wiederwahl von sechs der Gruppe Marin angehörenden Abgeordneten. In Mülhausen im Elsaß hat der Sozialist Grumbach, der in Stichwahl steht, die höchste Stimmzahl erlangt. An zweiter Stelle steht der aus dem Haegy-Prozeß bekannte Advokat Kraehling (Autonomist). In Straßburg steht Peirotes (Sozialist) im Stichwahlkampf mit dem Linksrepublikaner. Der autonomistische ehemalige Redakteur der „Zukunft" Schall hat 3600 Stimmen erhalten. In Gebweiler ist der Rechtsstehende Bilger gewählt. Im Marnedepartement steht der Sozialrepublikaner Forgeot in Stichwahl mit dem sozialdemokratischen Kandidaten. Im zweiten Wahlbezirk von Straßburg muß der Sozialist George Weill sein Mandat in der Sichwahl verteidigen. Der autonomistische Kandidat Baumann hat hier nur 55 Stimmen erhalten.

★

612 Kammersitze zu vergeben.

:: **Paris**, 22. April. Nach einer amtlichen Statistik sind 612 Kammersitze zu vergeben. Durch die Rückkehr zum Einerwahlsystem hat sich die Zahl der Abgeordneten um 28, also von 584 auf 612 erhöht. Die 584 Sitze waren auf die Parteien wie folgt verteilt: Aeußerste Rechte 11, Rechtsrepublikaner, darunter die Gruppe Marin und Maginot, 128, Linksrepublikaner 85, Radikale Linke (Loucheur) 48, Radikale 135, Sozialrepublikaner 48, Sozialisten 102, Kommunisten 27.

Briands Entwurf eines Antikriegspaktes.

Der Inhalt der französischen Vorschläge.

:: **Paris**, 21. April. Der Quai d' Orsay veröffentlicht soeben den Wortlaut des französischen Gegenentwurfes zu den Kriegsverzichtvorschlägen der Vereinigten Staaten. Die französischen Gegenvorschläge entsprechen im wesentlichen der letzten französischen Note an Staatssekretär Kellogg.

Sie umfassen drei Maschinenschriftseiten und bestehen aus sechs Artikeln. Einleitend heißt es in dem Paktentwurf, daß die interessierten Mächte den feierlichen Beschluß gefaßt hätten, in klarer Weise den Krieg als Mittel nationaler Politik zu verurteilen und auf ihn zugunsten friedlicher Lösungen aller internationalen Meinungsverschiedenheiten zu verzichten. Alsdann wird der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß alle anderen Nationen der Welt sich dem Vertrage anschließen werden, um eine Vereinigung aller zivilisierten Völker gegen den Krieg zu erreichen. Die beteiligten Mächte hätten zu diesem Zweck Bevollmächtigte ernannt, die nach einem Gedankenaustausch folgende Vereinbarungen getroffen hätten:

1. Die Hohen Vertragsschließenden Parteien erklären feierlich, ohne damit die Ausübung ihres Rechts auf rechtmäßige Verteidigung beeinträchtigen zu wollen, so wie dieses in den bestehenden Verträgen festgelegt ist, besonders wenn solche Verträge die Verletzung gewisser darin enthaltener Bestimmungen einem feindlichen Akte gleichstellen, daß sie die Inanspruchnahme des Krieges verurteilen und auf ihn als Werkzeug der nationalen Politik verzichten, d. h. zur Ausführung einer persönlichen, spontanen und unabhängigen politischen Handlung, die sie aus eigenem Antriebe vornehmen würden, ohne sich dazu durch die Anwendung eines Vertrages wie der Völkerbundsatzung oder irgendeines anderen beim Völkerbund eingetragenen Vertrages veranlaßt zu sehen. Sie verpflichten sich demgemäß zu keinem Angriff oder Einfall gegeneinander zu schreiten.

2. Sämtliche zwischen den Mächten möglicherweise entstehenden Auseinandersetzungen sollen stets nur auf friedlichem Wege geregelt werden.

3. Für den Fall, daß eine der unterzeichneten Parteien ihre Verpflichtungen verletzen sollte, genießen alle übrigen unterzeichneten Mächte des Vertrages dieser Macht gegenüber volle Handlungsfreiheit.

4. Die gegenseitigen Vereinbarungen berühren in keiner Weise die Rechte und Verpflichtungen der unterzeichneten Mächte, die auf internationalen Abmachungen früheren Datums beruhen.

5. Das Abkommen soll allen anderen Mächten zum Beitritt vorgeschlagen werden. Es soll in Kraft treten, sobald es allgemein angenommen worden ist, vorausgesetzt, daß die unterzeichneten Mächte ohne Rücksicht auf die außerhalb des Vertrages stehenden Staaten beschließen, daß das Abkommen in Kraft getreten sei.

6. Drei Monate nach Ratifikation des Abkommen durch die gegenwärtig verhandelnden Großmächte soll der Vertrag den übrigen Mächten zur Kenntnis gebracht werden.

★

Der Eindruck in Berlin.

:: **Berlin**, 21. April. Der französische Kriegsächtungsvertragsvorentwurf liegt zur Zeit bei den zuständigen Stellen des Auswärtigen Amtes zur Nachprüfung vor. Die Note enthält im wesentlichen die bekannten französischen Vorbehalte zu der amerikanischen Formulierung. In Berliner politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die französischen Vorbehalte anscheinend zum Teil juristische Spitzfindigkeiten darstellen, die die starke moralische Wirkung der klaren amerikanischen Formulierung abzuschwächen geeignet sind. Wie verlautet, wird eine amtliche Stellungnahme erst später erfolgen, da der Entwurf selbstverständlich auch deutscherseits einer gründlichen und sachlichen Prüfung unterzogen werden muß. Es ist anzunehmen, daß man sich deutscherseits mit der amerikanischen Formulierung einverstanden erklären wird. Die deutsche Antwort an Amerika wird selbständig erfolgen.

★

Ungünstige Aufnahme des Entwurfs in Amerika.

× **Washington**, 21. April. Der erste Eindruck, den der französische Entwurf eines Antikriegspakts im Staatsdepartement hervorrief, war eine gewisse Enttäuschung und eine Ueberraschung darüber, daß Frankreich auf der Einfügung von Klauseln bestehe, deren Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit man hier nicht anerkennt. Zum Beispiel wurde im Staatsdepartement erklärt, selbstverständlich habe jeder souveräne Staat ein Recht auf die Selbstverteidigung. Wenn man diese Bestimmung aber in einem formellen Vertrage aufnehme, so würden sofort Streit und Zweifel über die Definition des Begriffs „Selbstverteidigung" entstehen, und jedenfalls würde das Gefühl der Sicherheit vor künftigen Kriegsgefahren vermindert werden.

★

Eine englische Stimme.

:: **London**, 21. April. „Evening Standard" schreibt: In französischen amtlichen Kreisen wird wiederholt versichert, daß Austen Chamberlain die französische Auffassung bezüglich des amerikanischen Kriegsverzichtspaktes im voraus gebilligt habe. Das Blatt verlangt eine amtliche Aeußerung hierzu, indem es betont, wenn Großbritannien die französische Ansicht unterstütze, werde der Plan scheitern. Die Vereinigten Staaten würden zur Politik der Isolierung zurückkehren, und Großbritannien würde die Hauptlast des Tadels dafür zu tragen haben.

Abschluß der Berliner polnisch-litauischen Besprechungen.

◇ **Berlin**, 21. April. Die in Berlin weilenden polnischen und litauischen Delegierten trafen heute nachmittag um 4 Uhr unter dem Vorsitz des polnischen Ministerialdirektors Holowko in der polnischen Gesandtschaft zusammen, um das gemeinsame Protokoll der gestrigen Vereinbarungen über die Aufnahme der Ausschußarbeiten zur Weiterführung der Königsberger Konferenz zu unterzeichnen. Die Berliner Besprechungen zwischen Polen und Litauen haben damit ihren Abschluß gefunden. Ministerialdirektor Holowko reist morgen abend nach Warschau zurück. Die Arbeiten der drei Ausschüsse werden am 7., 18. und 21. Mai in Kowno, Warschau bezw. Berlin beginnen. Die in Königsberg begonnenen polnisch-litauischen Verhandlungen treten damit in das entscheidende Stadium.

Italienfreundliche Kundgebungen in Budapest.

Budapest, 21. April. Heute nachmittag veranstalteten die Mitglieder der ungarischen gesellschaftlichen Vereinigungen, mehr als 20 000 Personen, unter Vorantragung von Fahnen einen Umzug, um die in Budapest weilenden italienischen Gäste zu begrüßen. Der Budapester italienische Gesandte gab nachmittags einen Tee, zu welchem die Mitglieder der ungarischen Regierung und zahlreiche andere Persönlichkeiten geladen waren, die dem Aufmarsch von dem Balkon des Gesandtschaftspalais beiwohnten. Als der Zug vor dem Gesandtschaftspalais anlangte, wurden ungarische und italienische Begrüßungsansprachen gehalten, die vom Balkon aus erwidert wurden. Der Vorbeimarsch der Demonstranten, die stürmische Hochrufe auf den König von Italien, Mussolini und Bethlen sowie auf den italienischen Gesandten Durini ausbrachten, dauerte fast eine Stunde. Außer ungarischen patriotischen Liedern wurden auch die Giovinezza, die Faschistenhymne, und der Berfaglieri-Marsch gesungen.

Der Nordpol überflogen.

Im Flugzeug von Alaska nach Spitzbergen.

Oslo, 21. April. Nach einer von anderer Seite noch nicht bestätigten Meldung des „Dagebladet" sind die Amerikanischen Flieger Willens und Eielson in 21 Stunden von Alaska nach Spitzbergen geflogen. Vor sechs Tagen sind sie von Kap Barrow in Alaska abgeflogen, vor fünf Tagen bei Green Harnour in Svalbard auf Spitzbergen in ödester Wilnis gelandet. Erst nach fünftägigem Suchen gelang es ihnen, auf norwegische Kolonisten zu stoßen, die zufällig in die Einöde gekommen waren. Der Flug von Point Barrow nach Svalbard führte über den Nordpol.

★

Die Amerikaner Wilkens und Eielson sind dem italienischen General Nobile, der von Stolp aus sich mit seinem Luftschiff auf die Nordpolfahrt begeben will, zuvorgekommen. Sie sind freilich nicht die ersten, die den Nordpol erreicht und überflogen haben. Von den acht Expeditionen, die im Jahre 1926 nach dem Nordpol starteten, ging als erster der Amerikaner Byrd durchs Ziel, der am 10. Mai von Kingsbay aus den Pol überflog. Zwei Tage später, am 12. Mai, erreichte dann Amundsen in seinem Luftschiff „Norge" den Pol, wobei er selber die norwegische Flagge, sein Begleiter Ellsworth die amerikanische und der damalige Oberst Nobile die italienische Flagge aus dem Steuerbordfenster über den Pol senkten. Das Flugzeug umkreiste den Pol, aber eine Landung kam auf den weiten Eisflächen, auf denen hier und da Eisbären sichtbar wurden, nicht zustande. An die beiden Ueberquerungen des Nordpols hat sich eine lebhafte Debatte teils wissenschaftlicher, teils politischer Natur angeschlossen. Als nächste Aufgabe der Polarforschung wurde damals die Frage fiziert, welche Ausdehnung die im Polarmeer vorhandenen Landmassen haben. Als eine weitere Aufgabe der Norpolforschung wurde bezeichnet, den Erdmagnetismus zu erforschen und meteorologische Messungen vorzunehmen, wobei besonders die Erforschung der meteorologischen Vorgänge in der Arktis für die Wetterbestimmung unserer Breite praktisch wichtig sind. Inwieweit der neue Flug, bei dem zum dritten Male der Nordpol überflogen worden ist, die bisherigen Forschungsergebnisse bestätigen oder ergänzen wird, bleibt abzuwarten.

★

Kein Land festgestellt.

× **London**, 22. April. Die Ueberfliegung des Nordpols durch Wilkins und Cielson in 21½ Stunden wird nach Newyorker Meldungen überall als ein Ereignis bewertet, das bisher alle Expeditionen ähnlicher Art in der Polarregion in den Schatten stellt. Der Direktor der amerikanischen Geographischen Gesellschaft, Dr. Bowman, der den Flug förderte, erklärte, daß er eine kurze Radio- und Kabelmeldung von Kapitän Wilkins erhalten habe, die besage, daß die Flieger kein Land feststellten. Als Hauptzweck des Fluges bezeichnete Bowman eine Ueberfliegung des Polarmeeres in einer Richtung, die die größte Wahrscheinlichkeit für die Entdeckung von Land bot. Kapitän Wilkins habe daher beabsichtigt, bei Ueberfliegen des Polarmeeres einen Rechtskurs einzuhalten und so ein Gebiet zu erforschen, von dem man annahm, daß dort Land vorhanden sei. Kapitän Wilkins' Flug habe diese Frage endgültig geklärt und gleichzeitig Klarheit über verschiedene Gebiete in Nordgrönland gebracht. Neben diesem Fluge sei sicher, daß die flache Grenze des Polarmeeres entlang der Küste, von Sibirien ausgenommen, künftige Polarforschungen kaum noch zu weiteren Landentdeckungen führen würden. Kapitän Wilkins habe nicht beabsichtigt, über den Nordpol selbst zu fliegen.

Die Citta di Milano in Tromsö.

÷ **Tromsö**, 22. April. Das Expeditionsschiff „Citta di Milano" ist heute morgen hier angekommen.

Imbusch über das Schmalenbach-Gutachten.

Eine bemerkenswerte Wahlrede.

— **Wanne**, 22. April.

Der christlich-nationale Bergarbeiterführer Imbusch, Spitzenkandidat der Zentrumspartei für Westfalen-Süd, hat in den letzten Monaten wiederholt im Brennpunkt politischer Erörterungen im Westen Deutschlands gestanden. Die Westfälische Zentrumspartei hat den Bergarbeiterführer wiederum als Spitzenkandidat für den Wahlbezirk Westfalen-Süd aufgestellt. Imbusch eröffnete am Sonntag in einer stark überfüllten Zentrumswählerversammlung den Wahlkampf mit einer groß angelegten Rede in Wanne-Nord. Er führte aus:

Die kommende Wahl hat zu zeigen, welche Richtung in der deutschen Politik eingeschlagen werden muß. Die Zentrumspartei hat sich nie vor der Verantwortung dem Volke gegenüber gedrückt, sie ist stets in der Regierung geblieben im Interesse des Gesamtwohles des Volkes. Ihr Handeln war nicht getragen von dem Gedanken der Agitation der Straße gegenüber. Das ist das höchste Lob, das man der Zentrumspartei rückhaltlos erteilen kann. Auch für die jetzige Zeit gilt das Wort, das Gegner ausgesprochen: Wenn es kein Zentrum gäbe, müsse es gegründet werden.

Reichswehr und Marine, sagte er weiter, seien notwendig zur Verteidigung und Aufrechterhaltung der Neutralität Deutschlands. Bei der

Abstimmung über den Panzerkreuzer

hätten eine große Zahl der Abgeordneten der Linken gefehlt, wodurch eine Mehrheit für den Bau des Kreuzers zu Stande gekommen sei. Die fehlenden Abgeordneten hätten sich offenbar von dem Gedanken leiten lassen, den Bau jetzt zu ermöglichen, da man bei einer evtl. späteren Linksregierung ihn doch hätte beschließen müssen.

Zur Innenpolitik führte Imbusch aus: Die republikanische Staatsverfassung müsse gewahrt werden. Links- und Rechtsverbände hinderten eine gemeinsame friedliche Zusammenarbeit. Der Kampf um die Form des Staates sei erledigt. Ein scharfer Kampf sei entbrannt um die Frage

sozialer Volksstaat oder Klassenstaat.

Diese Frage werde in der kommenden Session entschieden werden. Es gelte Bestrebungen abzuwehren, die breite Masse des Volkes im Sinne einiger Weniger zu beeinflussen. In den kommenden Jahren gehe der Kampf für das Ziel, den Minderbemittelten ein menschenwürdiges Auskommen zu geben. Imbusch betonte, daß bei dem Streit um die Besoldungsordnung keine grundsätzliche Gegnerschaft gegen das Berufsbeamtentum sich bemerkbar gemacht habe, das er für durchaus notwendig erachte. Wie man über Besoldungs- und Wirtschaftsfragen verschiedener Meinung sein könne, zeige die Stellungnahme verschiedener Kreise zu der Frage der

Aufbesserung der Bergarbeiterlöhne.

Der Schlichter habe sich für eine Aufbesserung von 8 Prozent erklärt, die die Bergleute als durchaus zu gering ansehen; die Unternehmer wollten überhaupt keinen Pfennig für die Aufbesserung der Löhne geben. Scharf kritisierte der Redner die Haltung des Wirtschaftsministeriums in dem Lohnstreit der Bergarbeiter-

schaft. Dieses habe schon vor den Schlichtungsverhandlungen die Forderungen der Bergarbeiter bekämpft.

Das Schmalenbach-Gutachten

beruhe nicht auf einer gründlichen Untersuchung; die Arbeit der betreffenden Kommission war in dieser Hinsicht zu eng gesteckt, dazu wurde das Gutachten auch zu schnell angefertigt. Es nimmt zu der Frage, ob und inwieweit unnütze Ausgaben im Bergbau gemacht werden, keine Stellung. Dieses Gutachten werde gegen die Bergarbeiterschaft ausgenützt, indem man eine jährliche weitere Ausgabe von 75 Millionen Mark für Aufbesserung der Bergarbeiterlöhne nicht für tragbar halte, finde es aber andererseits für tragbar, 1500 Millionen Mark den Bergwerksbesitzern zu bewilligen. Der Bergarbeiter solle menschenwürdig leben; eine andere Lohnpolitik, die auf die Notlage der Bergarbeiter Rücksicht nimmt, müsse betrieben werden. Diese Forderung habe er als Fraktionsredner des Zentrums unter Zustimmung der ganzen Fraktion im Reichstag erhoben. (Lebhafter Beifall.) Die breiten Massen des Volkes müßten wieder kaufkräftig gemacht werden, das fördere unsere Wirtschaft und den Mittelstand; der Wohnungsbau müsse großzügig betrieben wekden. Auf diesem Wohlfahrtsgebiete sollten alle Parteien gemeinsam zusammenarbeiten. Eine bedenkliche Erscheinung sei die

Not der deutschen Landwirtschaft

und damit auch der landwirtschaftlichen Arbeiter. Die Vertreter der Industriearbeiterschaft hätten ein wichtiges Interesse an der Hebung der Notlage der Landwirtschaft. Der Landwirt müsse für seine Produkte einen Preis bekommen, daß er leben könne, der Verbraucher in den Industriegegenden einen Lohn und eine kaufkräftige Sicherstellung.

Bezüglich der Sozialpolitik erklärte der Redner, daß es hier keinen Stillstand bei der Lage des Volkes nach einem verlorenen Kriege geben dürfe. Das Zentrum werde sich im neuen Reichstag dafür entschieden einsetzen. Als dringend bezeichnete der Redner die Stärkung der Verwaltungsrechte der Versicherten in den verschiedenen Versicherungszweigen, ferner die umfassende Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene, die Zusammenfassung der Arbeiterschutzgesetze, die Annahme eines Bergarbeiterschutzgesetzes, das bereits im Entwurf vorliege und den nächsten Reichstag beschäftigen werde. Der Not der Werkspensionäre und der älteren Angestellten sei entschieden Rechnung zu tragen. Auf kulturpolitischem Gebiete

werde der Kampf um ein Reichsschulgesetz wiederkommen,

eine Frage, von deren Lösung das Zentrum nicht ablassen werde. Der neue Deutsche Reichstag habe einen Schutz der Ehe, eine Regelung der Verhältnisse zwischen Staat und Kirche zu bringen.

Der Redner schloß unter lebhaften Beifallsbezeugungen der Versammlung: „In den neuen Parlamenten wird das Zentrum arbeiten für eine vernünftige Außenpolitik, eine gute Ausgestaltung des sozialen Volksstaates, Hebung der Wirtschaft, Fortführung der Sozialpolitik für alle Berufszweige des deutschen Volkes und für die Verwirklichung kulturpolitischer Ziele des christlichen Volkes." Der Redner ermunterte die Wählerschaft, am Wahltage der Zentrumspartei die Stimme zu geben. Es müsse

ein verstärktes und einiges Zentrum

in die Parlamente einziehen als Gewähr für eine gute den Belangen des deutschen Volkes dienende Außen- und Innenpolitik.

In der Aussprache wurden von Vertretern der verschiedenen Berufsstände die Forderungen des Redners entschieden unterstützt. In seinem Schlußwort warnte Imbusch vor jeder Unterstützung der Splitterparteien, er betonte auch, daß die Arbeiterschaft durchaus nicht eingenommen sei gegen sozialdenkende Industrievertreter in der Zentrumspartei. Hohe Anerkennung zollte er hier dem verstorbenen Zentrumsabgeordneten und Kaliindustriellen Meyer-Kaufbeuren, der mit ihm für alle sozialen Forderungen der Arbeiterschaft im Reichstage gestimmt habe. So habe auch der Abgeordnete Florian Klöckner nicht allein für das Reichsknappschaftsgesetz, sondern auch für die übrigen sozialen Forderungen der Arbeiterschaft gestimmt.

Die Zerstörungen in Südbulgarien.

Ein Bericht von den Unglücksstätten.

× Sofia, 21. April. Kaum ist es Bulgarien gelungen, die Völkerbundsanleihe zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens zu erhalten, da ermächst diesem verarmten Land durch die Katastrophe des 14. April in Südbulgarien eine neue Last. Hunderte von Millionen Lewa werden nötig sein, um die Wunden des Karsamstagmorgens dieses Jahres zu heilen. Tschirpan, Borisovgrad, Stara-Zagova, Haskovo, Philippopel und 28 Dörfer der Umgegend liegen in Schutt und Trümmern oder haben schweren Schaden erlitten.

Das Beben erfolgte nach vorausgegangenen schwülen Windstößen in ganz kurzen Abständen und währte über eine Minute. Schrecklich waren die Folgen. Die Weinbauernstadt Tschirpan liegt in einiger Entfernung des Bahnhofes, der vollkommen in sich zusammengefallen ist. Im Innern liegen Dachboden und Decke des zweiten Stockes auf dem Fußboden. Die Telegraphisten haben ihre Apparate herausgeschleppt und verrichten ihren Dienst im Freien. Feldtelephone stehen auf der Erde und helfen die Verbindung mit der Umwelt aufrecht erhalten. Vielfach stehen die Außenmauern der Gebäude mit dem Dach unbeschädigt da, während im Innern alles in sich zusammengebrochen ist. Das größte Gebäude der Stadt, das sechsstöckige Haus der Genossenschaftsbank, ist völlig verschwunden. An seiner Stelle befindet sich ein fünf Meter hoher Schutthaufen, aus dem Steine, Betonblöcke und Tabakballen hervorragen. Die Bevölkerung nächtigt auf freien Plätzen, sogar auf dem Friedhof. Nur selten findet man aus ein paar Teppichen ein Zelt zusammengeschlagen. Man sieht Frauen ihre Kleinen nähren. Die Männer stehen beisammen finster, niedergeschlagen.

Niemand wagt es, in die Häuser, die noch unversehrt sind, zurückzukehren, um etwas herauszuholen, denn in kurzen Abständen erfolgen schwächere oder stärkere Erdstöße und die Gebäudeeinstürze dauern an. In zwölf Stunden zählte man 28 neue Stöße, die stets von einem unterirdischen Rollen begleitet sind ähnlich dem entfernten Abschuß eines schweren Geschützes. Soldaten und Arbeitdienstpflichtige sind mit Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Kleine Kommandos von Bauern geführt, suchen unter den Trümmern der Häuser nach Vermißten. Ueberall grauenhafte Zerstörung

★

Neue Erdstöße im selben Gebiet.

Sofia, 22. April. Nach Meldungen aus dem Erdbebengebiet wurden in der vergangenen Nacht in Philippopel, Tschirpan, Borissovgrad und Umgebung wiederum mehrere schwache Erdstöße verspürt. In der nördlich von Philippopel gelegenen Ortschaft Golemo Konare stürzten infolge eines stärkeren Erdstoßes etwa 10 Häuser ein und außerdem wurde die Kirche, die Schule und die Zweigstelle der Landwirtschaftsbank beschädigt. Von auswärts laufen fortgesetzt Hilfsmittel für die Heimgesuchten ein. Der Papst übermittelte durch den apostolischen Delegaten in Sofia Msgr. Ronvali 100 000 Lewa. Das amerikanische Rote Kreuz sandte 5000 Dollar.

★

Starkes Erdbeben in Südafrika.

Johannesburg, 21. April. Heute vormittag um ½7 Uhr wurde hier das stärkste in der hiesigen Gegend beobachtete Erdbeben verzeichnet. Es dauerte 6½ Minuten. Ein erheblicher Einsturz von Felsen erfolgte in der Umgebung, indessen ist nach den bisherigen Meldungen in der Stadt kein Schaden verursacht und niemand verletzt worden.

Der Aufmarsch der andern Parteien zu den Reichstagswahlen.

Der Wahlaufruf der Deutschen Volkspartei.

× Berlin, 22. April. Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei hat heute den Wahlaufruf der Deutschen Volkspartei veröffentlicht. In dem Aufruf heißt es u. a.:

Die Deutsche Volkspartei war in der ganzen vorangegangenen Gesetzgebungsarbeit an der Reichsregierung beteiligt. Sie hat als Partei des Wiederaufbaus praktische Politik getrieben, um das Vaterland nach Außen und Innen besseren Verhältnissen entgegenzuführen. Auch in Preußen, wo eine Linksregierung jahrelang sich in unfruchtbarer Politik erschöpft (die volksparteiliche „Kölnische Zeitung" hat hierüber eine just entgegengesetzte Meinung geäußert. Die Red.) konnte praktische Aufgaben nur unter verantwortlicher Mitarbeit der Deutschen Volkspartei gelöst werden. Die Außenpolitik Dr. Stresemanns ist von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes als die einzig richtige anerkannt. Kein Gerechtdenkender kann verkennen, daß im Laufe weniger Jahre sich Deutschland in der Welt eine geachtete und gefestigte Stellung zurückerobert hat. Die von uns dauernd bekämpfte Kriegsschuldlüge bricht zusammen vor den Ergebnissen der wissenschaftlichen Forschung. Die von uns vertretene Verständigungspolitik hat schon zu fühlbaren Erleichterungen im besetzten Gebiet geführt. Darüber hinaus fordern wir vor allem die unverzügliche völlige Befreiung des Rheinlandes, Rückgabe des Saargebietes, eine erträgliche Gestaltung der Reparationsverpflichtungen und Beseitigung der unmöglichen Grenzen im Osten. An dem Verlangen nach neuer kolonialer Betätigung werden wir unverrückt festhalten. Wir erstreben auf dem Gebiet der Finanzen und Steuern eine Minderung des schwer auf dem Volke lastenden Steuerdruckes, Vereinfachung der Steuergesetzgebung, gerechtere Verteilung der Steuern. Wir bekennen uns zu dem Gedanken der sozialen Gesetzgebung, wir treten für eine Rentenversorgung ein. Die uneingeschränkte Haltung des Berufsbeamtentums und Wahrung seiner Rechte ist uns eine selbstverständliche Forderung. Die Erhaltung und Festigung der Reichswehr gilt unser unablässiges Bestreben. Bei den Beratungen des Reichsschulgesetzes haben wir stets den christlichen Grundcharakter der Schule betont. Wir haben uns gewehrt gegen die Antastung der Schulhoheit des Staates, gegen die Klerikalisierung des Schulwesens, gegen die Verletzung der Lehr- und Gewissensfreiheit der Lehrer, gegen die unnötige Aufbürdung hoher Kosten auf die Gesamtheit der Steuerzahler durch Einrichtung lebensfähiger Zwergschulen. Unser Ziel war das Zustandekommen des Reichsschulgesetzes auf der Grundlage der Reichsverfassung. Das Gesetz ist gescheitert durch die Schuld derer, die überspannte klerikale Forderungen im Sinne der Schuldbestimmungen des bayrischen Konkordates erhoben, die Koalition ohne Grund gekündigt und dadurch die Weiterberatung des Gesetzes verhindert haben. (Das Schulgesetz ist gescheitert, weil die Deutsche Volkspartei entgegen der klaren Bestimmung der Reichsverfassung die Einrichtung konfessioneller Schulen in den sogenannten Simultanschulländern nicht zulassen wollte. Diese Intoleranz der Deutschen Volkspartei hat zum Zusammenbruch der Koalition geführt. Das ist der Tatbestand, den der Wahlaufruf dieser liberalen Partei zu fälschen sucht. Die Redaktion.)

★

Eine Rede Dr. Stresemanns.

◇ Berlin, 22. April. Heute mittag fand hier eine große Wahlkundgebung der Deutschen Volkspartei statt. Professor Dr. Köhl eröffnete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen, insbesondere den Parteiführer Reichsaußenminister Dr. Stresemann. Nach weiteren Reden sprach Reichsminister Dr. Stresemann das Schlußwort. Der Minister erinnerte an die vor einigen Tagen abgehaltene Bismarckfeier der Deutschen Volkspartei, in der man die geschichtlichen Linien, die von Bismarks Zeit zur heutigen Zeit herüberführen aufzudecken versuchte, und fuhr dann fort: In der heutigen Versammlung bekannte sich die Partei zur Politik der verantwortlichen Mitarbeit. Wenn Bismarck heute noch unter uns lebte, so würde er zweifellos nicht ein Mann träumender Resignation sein, der sich daran erlabt, sich vorzustellen, wie schön es einmal war. Er würde auch nicht ein Mann verantwortungsloser Opposition sein, weil ihm Embleme nicht gefallen, sondern ein Mann, der mit allen seinen Kräften sich in die Arbeit für Volk und Vaterland gestellt hätte, gleichgültig wer rechts oder links neben ihm gestanden hätte. Nach einem Sieg zur Einigkeit zu kommen ist gewiß schön, aber nach einem verlorenen Kriege die Einheit zu bewahren, erfordert mehr politische Einsicht und Vaterlandsliebe. Die Reichserhaltung bedingt, daß wir alle zusammen leben können in diesem Reiche. Dazu gehört auch, daß wir zusammenstehen in der großen Frage, die demnächst dem Reichstage obliegen wird, den Kampf um die endgültige Festlegung der deutschen Kriegsschulden. Diese Frage darf nicht in den Kampf verantwortungsloser Parteipolitik hineingetragen werden. Es ist bedauerlich, wie überhaupt unsere ganze Außenpolitik von parteipolitischen Gesichtspunkten oft begrenzt ist. Als man uns die schändliche Zumutung stellte, die deutschen Männern auszuliefern, die man als Kriegsverbrecher zu bezeichnen wagte, hatten wir keine Waffe, diese Forderung abzulehnen. Da wir aber einig waren von rechts bis ganz links in der Zurückweisung dieser Zumutung, wagte niemand, diese Forderung durchzuführen. Es ist töricht, mich als Außenminister zu fragen, ob ich bessere Erfolge erziele wenn ich mit Links oder mit Rechts zusammengehe. Ein deutscher Außenminister wird Erfolge nur erzielen können, wenn Rechts und Links zusammengehen in allen Fragen der Außenpolitik. Wir wollen den Begriff des Liberalismus nicht untergehen lassen gegenüber all den Fragen, die sich in der letzten Zeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaues naturgemäß vordrängen mußten. Zu einem wahren Liberalismus gehört soziale Gesinnung. Wir blicken stolz auf jenes große kaiserliche Deutschland, das nur klein nennen kann, wer kein Verständnis dafür hat, wie klein er sich selbst macht, wenn er die Größe seines vergangenen Geschlechtes nicht anzuerkennen vermag. Mehr als die Geschichtsschreiber es wissen wollen, hat uns aber zu jener Zeit die gesellschaftliche Differenzierung gehemmt. Für seinen Stand darf man nur das verlangen, was sich ohne untragbare Schädigung anderer Stände durchführen läßt. Das Wort: „Die Landwirtschaft ist die Schlüsselindustrie der deutschen Wirtschaft!" ist durchaus richtig. Wir brauchen nicht nur den deutschen Bauernstand, wir brauchen auch den deutschen Großgrundbesitzer, der seine Getreideüberschüsse an die Stadt abgibt. Wenn wir uns für Wirtschaftspolitik einsetzen, so ist es nichts als Demagogie, hierin eine kapitalistische Politik zu sehen. Wo bliebe sonst die Grundlage für alle sozialen Forderungen und Maßnahmen.

Die Rede Dr. Stresemanns wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Kundgebung fand mit dem Deutschlandlied ihr Ende.

★

Der sozialdemokratische Wahlaufruf.

√ Berlin, 22. April. In dem von der Sozialdemokratischen Partei veröffentlichten Wahlaufruf wird heftig gegen „die Regierung des Bürgerblocks" vom Leder gezogen. Fast alles, was sie geleistet hat, wird als minderwertig hingestellt. Zum Schluß der sehr langen Kundgebung wird gesagt: „In schwerster Zeit hat die Sozialdemokratie die Verantwortung im Reiche getragen. (Seit acht Jahren hat sie sich aber davor gedrückt. Die Red.) Aus dem Zusammenbruch hat sie dem deutschen Volke den Weg zum Wiederaufstieg gewiesen. Aus den Trümmern des Kaiserreichs hat sie die Republik geschaffen. Allen Männern und Frauen gab sie gleiche politische Rechte. Aus Preußen, der reaktionären Feste des Dreiklassenwahlrechts schuf sie den Hort der Republik.

An der Umsicht und Energie der preußischen Regierung scheiterten die gefährlichsten Angriffe der Reaktion und die Wahnsinnsstreiche der Linksputschisten. Die Demokratisierung der Verwaltung schreitet trotz aller Widerstände, trotz aller Zaghaftigkeit der bürgerlichen Parteien fort. Eine Machtposition nach der anderen wird den Junkern entrissen. Gedenkt, Wähler und Wählerinnen, am 20. Mai des Werkes von Braun und Severing. Erringt Euch in den Ländern neue Macht! ... Die demokratische Republik gibt Euch, den arbeitenden Massen, die Möglichkeit der Machterringung. Gegen die Demokratie heißt deshalb die Losung des reaktionären Bürgertums. Mehrung der Macht des Reichspräsidenten, Aushöhlung des Etatsrechtes der Parlamente in Reich und Ländern und Gemeinden fordern die Deutschnationalen als Vorkämpfer der Reaktion. Von den Gegnern muß man lernen. Schutz der Republik, Durchsetzung der vollen Demokratie und durch die Demokratie Verwirklichung des Sozialismus, das ist das Endziel unseres Kampfes."

★

Eine Bravourleistung der Wirtschaftspartei.

Die Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) wendet sich in ihrem Wahlaufruf, der ein Kabinettstück besonderer Art ist, an Bürger und Bauern. Der Mittelstand wird gegen alle anderen Parteien scharf gemacht und ihm klar zu machen versucht, daß diese samt und sonders nur seinen Ruin im Auge hätten. Sie seien alle von sozialistischem Geiste infiziert. Dann muß ein Ausspruch Bismarcks zum Beweis dafür herhalten, daß die Wirtschaftspartei notwendig sei. Diese ist in ihrem Aufruf immerhin so ehrlich, daß sie vor die Wählerschaft nicht mit dem Hinweis auf irgendwelche Erfolge hintritt. Solche hat sie nämlich nicht aufzuweisen. Sie beschränkt sich deshalb darauf, den Mittelstand zu suggerieren, daß die anderen Parteien ihn „restlos alle verraten und verkauft haben." Wie will aber jemals die armselige Wirtschaftspartei für den Mittelstand irgendetwas erreichen ohne die Hilfe wenigstens einiger dieser Parteien? Kann überhaupt dem Mittelstand geholfen werden, ohne daß Vertreter anderer Berufsstände für ihn interessiert werden? Wo anders ist diese Interessierung möglich als in den politischen Parteien, wo gemeinsam politische Interessen die Vertreter der verschiedenen Berufsstände miteinander verbinden? Verraten und verkauft würde der Mittelstand sein, wenn er sich auf die Wirtschaftspartei verlassen würde.

Die Deutschnationale Volkspartei als konfessionelle Partei.

Eine bemerkenswerte Wahlparole gibt neuerdings der deutschnationale „Reichsbote", die „Tageszeitung für das evangelische Deutschland", aus. Dieses Blatt, dessen Abneigung gegen den Katholizismus schwerlich überboten werden kann, findet es nicht in der Ordnung, daß in einer wahlpolitischen Betrachtung einer evangelischen Pressekonferenz der Grundsatz der parteipolitischen Neutralität der evangelischen Kirche aufgestellt worden ist. Ein solcher Grundsatz sei, so wird gesagt, „irreführend": die evangelische Kirche stehe, wenn sie überhaupt noch evangelisch und Kirche sein wolle, „nicht sozusagen in erhabener Neutralität den Parteien gegenüber". Die evangelische Kirche müsse ein christliches Schulgesetz wollen; sie müsse also „mit ihrer ganzen Sympathie bei der Deutschnationalen Volkspartei sein". Die Kirche als solche könne nicht über Sympathiebeweise hinausgehen. Die evangelischen Christen aber müßten klar und knapp sagen: „Wählt deutschnational". Dieser Parole gibt der „Reichsbote" noch folgenden gereimten Ausdruck:

„Die kommende Wahl
Macht keine Qual,
Der Christen volle Zahl
Wählt nur: Deutschnational."

Dazu bemerkt die „Schlesische Volkszeitung": Der „Reichsbote" ist also offenbar der Anschauung, daß die Deutschnationale Partei die Partei der evangelischen Christen, also in gewissem Sinne eine konfessionelle Partei sei. Man wird sich an diese Tatsache erinnern müssen, wenn von deutschnationaler Seite gegen das Zentrum eingewandt wird, es sei „konfessionell beengt".

★

Graf von Posadowsky-Wehner Kandidat der Volksrechtspartei.

:: Bielefeld, 22. April. Von der Volksrechts-Partei wurde als Spitzenkandidat für die Wahlkreise Westfalen-Nord und Westfalen-Süd Staatsminister a. D. Graf Posadowsky-Wehner aufgestellt.

★

Graf Posadowsky ist 1845 geboren, er steht also im 83. Lebensjahre. Einen an Jahren reiferen und zu den beiden westfälischen Wahlkreisen in noch geringeren Beziehungen stehenden Kandidaten vermochte die Partei wohl kaum aufzutreiben. Daß sie den bisherigen Reichstagsabgeordneten, den Dortmunder Rechtsanwalt Dr. Roß, der kurz vor den Wahlen vorsorglich aus der Zentrumsfraktion ausgeschieden war, nicht auf den Schild erhoben, sondern sich ihren Spitzenkandidaten aus der Provinz Sachsen geholt hat, sei als ein nicht uninteressanter Vorgang registriert. Daß der frühere deutschnationale „Graf im Barte" sich zur Förderung des unsinnigen Splitterparteiwesens hergibt, muß man ehrlich bedauern.

Gemeindewahlen in Emden.

Emden, 22. April. Die heutigen Gemeindewahlen, die infolge der Eingemeindung von Borssum und Wolthusen erforderlich waren, haben folgendes vorläufiges amtliches Ergebnis gehabt: Kommunisten 2773 Stimmen, 7 Mandate; Sozialdemokraten 3005 Stimmen, 8 Mandate; Bodenreformer 483 Stimmen, 1 Mandat; Liste der Mitte 1755 Stimmen, 4 bis 5 Mandate, Ordnungsblock 3700 Stimmen, 9 bis 10 Mandate; Handel und Gewerbe 944 Stimmen, 2 bis 3 Mandate; Völkischnationaler Block 1098 Stimmen, 3 Mandate. Es sind im ganzen 35 Sitze zu verteilen.

Reichstagsabg. Gildemeister †.

(Für einen Teil der Auflage wiederholte Meldung!)

◇ Berlin, 21. April. Der Abgeordnete Dr. Gildemeister ist heute vormittag in Bad Elsen an den Folgen einer Grippe gestorben. Dr. Gildemeister war eines der bekanntesten Mitglieder der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei und stand auch für die kommenden Wahlen an der Spitze der Kandidatenliste des 14. Wahlkreises (Weser-Ems). Er hat ein Alter von 52 Jahren erreicht.

Köhl Ehrendoktor.

(Für einen Teil der Auflage wiederholte Meldung!)

× Braunschweig, 21. April. Die technische Hochschule Braunschweig hat Hauptmann Köhl, den Führer der „Bremen", in Anerkennung seiner Verdienste zum Dr. ing. h. c. ernannt.

★

Die Frauen der Bremenflieger auf der Fahrt nach Newyork.

¶ London, 22. April. Die Frau des Befehlshaber der irischen Luftstreitkräfte Fitzmaurice begab sich heute nach mit ihrer sechsjährigen Tochter in Queenstown an Bord des auf der Fahrt nach Newyork befindlichen Dampfers des Norddeutschen Lloyd „Dresden", wo sie bei der Ankunft von Frau Köhl, der Gattin des Piloten der „Bremen", herzlich begrüßt wurde. Vertreter der irischen Luftstreitkräfte und der Newyorker deutsch-amerikanischen Handelskörperschaften überreichten beiden Damen Blumensträuße. Auf eine Frage, die sich auf die Gerüchte bezog, daß Fitzmaurice auf der „Bremen" zurückfliegen werde, erwiderte Frau Fitzmaurice: Ich werde nichts gegen einen solchen Rückflug versuchen, warum sollte ich auch? Er weiß, was er zu tun hat.

Zwischenlandung Fitzmaurices.

× Newyork, 22. April. Einer Meldung aus Seven-Island zufolge wurde das Fordmotorflugzeug, das heute morgen von Murray-Bay mit Fitzmaurice und Ersatzteilen für die Bremen nach Greenly Island abflog, durch schlechtes Wetter zur Landung auf Seven-Island gezwungen.

Die Huldigungsfahrt Mailand-Stolp.

Stolp, 22. April. Von den an der italienischen Huldigungsfahrt Mailand-Stolp beteiligten Wagen waren bis heute abend 10,50 Uhr 31 Wagen in Stolp eingetroffen. Der erste Wagen (Nr. 11) mit dem Präsidenten des Königlich italienischen Automobilklubs, Arturio Mercanti, traf gegen 2 Uhr nachts ein. Er hat also für die Fahrt Mailand-Stolp nur 26 Stunden gebraucht, während das Luftschiff Nobiles 30½ Stunde benötigte. Der zweite Wagen kam kurz nach 3 Uhr an. Die übrigen folgten im Laufe des heutigen Nachmittags. Einige Teilnehmer sollen sich verfahren haben. Die Begrüßung, an der auch einige der in Stolp weilenden italienischen Offiziere teilnahmen, erfolgte durch Vertreter des Automobilklubs von Deutschland. Nach einem gestern nachmittag hier eingelaufenen Telegramm ist ein Wagen, der von einer Dame gesteuert wurde, verunglückt. Beide Insassen fanden den Tod.

★

Ein schwerer Automobilunfall auf der Huldigungsfahrt Mailand—Stolp.

= Berlin, 22. April. Ein schweres Unglück, das sich bei der Huldigungsfahrt Mailand-Stolp des Königlich italienischen Automobilklubs ereignete, beschäftigte auch die Berliner Kriminalpolizei. Wie eine hiesige Korrespondenz meldet, wollte ein italienischer Wagen am Freitag vormittag kurz hinter der Ortschaft Walfratshausen bei Hof in Bayern in einer Kurve ein mit sechs Personen besetztes deutsches Automobil links überholen und stieß dabei rechts an. Der deutsche Wagen stürzte infolge des Anpralles eine 6 bis 7 Meter hohe Böschung hinunter. Von den Insassen wurde eine Frau tödlich, mehrere andere Personen erheblich verletzt. Auf eine Mitteilung der Münchener Staatsanwaltschaft hin wurde auch ein italienisches Automobil, das Beschädigungen an der rechten Seite aufwies, angehalten. Die Fahrer erklärten jedoch, daß diese Beschädigungen schon in Botzen entstanden seien. Die Berliner Polizei hat die Angelegenheit an die Stolper Polizei weitergeleitet.

Letzte Meldungen.

Painlevé in Stichwahl.

Paris, 22. April. Bis 10,30 Uhr abends liegen die Wahlergebnisse aus 65 Wahlbezirken vor. 32 Kandidaten sind endgültig gewählt. In 33 Bezirken finden Stichwahlen statt. Kriegsminister Painlevé steht in Savoyen in Stichwahl. Es haben ihm 70 Stimmen an der absoluten Mehrheit gefehlt. Im Wahlkreis Altkirch erzielte Dr. Ricklin, der in Untersuchungshaft in Colmar sitzt, 5107 Stimmen. Nach ihm hat der ausscheidende rechtsrepublikanische Abg. Silbermann es nur auf 3949 Stimmen gebracht. (Stichwahl.) Von bekannten Elsässern sind ferner wiedergewählt worden: Die Abg. Oberkirch und Seltz. Wiedergewählt ist auch der ehemalige Kriegsminister Abg. Maginot. Von Paris liegen bis jetzt die Ergebnisse von 11 Wahlbezirken vor. Gewählt wurden 9 Kandidaten, darunter der Linksrepublikaner Francois Poncet und der Rechtsrepublikaner Taittinger. In zwei Pariser Bezirken finden Stichwahlen statt. Von den 9 gewählten Abgeordneten gehören nur zwei dem ehemaligen Kartell der Linken an.

Politische Schlägerei nach einem Stahlhelm-Konzert.

:: Berlin, 22. April. In Neukölln kam es heute mittag nach Schluß des Konzertes einer Stahlhelmkapelle beim Abmarsch der einzelnen Trupps zu Zusammenstößen zwischen den Angehörigen des Stahlhelms und politisch Andersgesinnten. Es entwickelten sich Schlägereien, bei denen mehrere Personen verletzt wurden. Polizeibeamte, die die Streitenden zerstreuen wollten, gaben, da sie selbst mehrfach in Bedrängnis gerieten, einige Schreckschüsse ab. Insgesamt wurden 60 Angehörige verschiedener Parteien, wie Stahlhelm, Werwolf, Roter Frontkämpferbund usw. festgenommen.

Großfeuer.

Donaueschingen, 22. April. In der vergangenen Nacht sind in Biesingen fünf landwirtschaftliche Anwesen einem Feuer, das trotz der Windstille mit großer Schnelligkeit um sich griff, zum Opfer gefallen. Das Vieh konnte gerettet werden, während ein großer Teil der landwirtschaftlichen Geräte, sowie sämtliche Futter- und Getreidevorräte den Flammen zum Opfer fielen. Die Brandursache dürfte Kurzschluß sein.

Zubkoff in Belgien verhaftet.

(•) Brüssel, 21. April. Wie berichtet wird, soll Zubkoff in Arlon verhaftet worden sein, da ihm bekanntlich der Aufenthalt in Belgien verboten ist.

Die Reichswehr und die Roßbacher.

Widersprechende Aussagen im Stettiner Fememordprozeß.

Vernehmung des Generals von Pawelsz und des Kommandeurs des oberschlesischen Grenzschutzes v. Höfer.

+ **Stettin, 21. April.**

In Stettin wird gegenwärtig ein Fememordprozeß verhandelt, der in eine Reihe bisher ungeklärter Verhältnisse Licht zu bringen scheint. Besonders wichtig ist dabei die Klärung der Beziehungen, die angeblich oder wirklich zwischen der Reichswehr und den illegalen Organisationen bestanden haben.

Als Zeuge wurde gestern und heute General von Pawelsz vernommen, der zu der Zeit, die die Anklage des Prozesses behandelt, Chef des Stabes in Stettin war und später als Reichskommissar für die Entwaffnung fungierte, vernommen, nachdem ihm der Reichswehrminister die Genehmigung zur Aussage erteilt hat. Vor Beginn seiner Vernehmung formulierte der Vorsitzende des Beweisthema: Nach dem Kapp-Putsch erschien Oberleutnant Roßbach bei dem damaligen Chef des Generalstabes, Oberst v. Pawelsz, und sprach mit ihm über die Verwendung bezw. Zurverfügungstellung der Organisation Roßbach für die Reichswehr im Falle von Unruhen. Den Verhandlungen wurde ein ausgearbeiteter Plan zugrunde gelegt. Ueber die Stammquartiere der Roßbacher führte dieser Plan auch die einzelnen Waffen auf, die die Organisation Roßbach als Reichswehrwaffen von früher besaß. Bei der Auflösung sollten die Waffen abgegeben werden. Tatsächlich erfolgte jedoch unter den Augen der Reichswehr die Verpackung der Waffen und die Versendung nach Pommern. Die Löhnung der Roßbacher erfolgte durch den Landbund, der zu diesem Zweck Zuschüsse von der Reichswehr erhielt. Nach dem Kapp-Putsch fanden in Stettin, im Hotel Preußenhof und dem evangelischen Vereinshaus, zwei Besprechungen mit General v. Pawelsz statt, bei denen klar zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Organisation Roßbach sich als zur Verfügung der Reichswehr stehende Truppe zu betrachten habe und daß die Waffen unter allen Umständen geheim gehalten werden sollten.

Zeuge v. Pawelsz: Die politische Situation war im Frühjahr 1920 sehr unruhig, angesichts der kommunistischen Unruhen und der polnischen Bedrohung. Die Reichswehr befand sich gerade in dem kritischen Moment in der Umorganisation entsprechend den Bestimmungen des Versailler Vertrages. Durch den

Befehl der Regierung zur Auflösung des Freikorps

wurden zahllose Menschen auf die Straße geworfen, die nur langsam in das bürgerliche Leben zurückgeführt werden konnten. Es ist psychologisch begreiflich, daß dadurch eine gewisse Animosität zwischen der Reichswehr und den ehemaligen Angehörigen der Freikorps bestand, die auch in den folgenden Jahren anhielt, weil die Freikorps fühlten, daß sie durch die Reichswehr gewissermaßen brotlos gemacht worden sind. Von der Entente war die Auflösung der Einwohnerwehren verlangt worden, während die Regierung einsah, daß sie bei der damaligen unruhigen Zeit besonders für das breite Land einen Selbstschutz genehmigen müßte. Erst später, als diese Selbstschutzorganisationen sich zur Orgesch zusammenschlossen, hatte die Regierung, ich möchte sagen, etwas gegen sie.

Der Landbund organisierte die Selbstschutzorganisationen und bezahlte sie.

Sie waren eine berechtigte Organisation des Landbundes, mit der Reichswehr haben sie nie etwas zu tun gehabt. Einmal ergab sich eine vorübergehende Berührung, nämlich als beim Kapp-Putsch die Reichswehr Zeitfreiwillige einberufen mußte. Ich hatte mir gewisse Richtlinien zurechtgelegt. Mit diesen Richtlinien waren aber die früheren Freikorpsführer nicht einverstanden. Erst nach der Auflösung in Güstrow konnten diese Richtlinien allmählich durchgesetzt werden. Trotzdem war durch sie eine gewisse Spannung mit dem Landbund und mit dem von ihm organisierten Selbstschutz eingetreten. Ich habe damals von mehreren Seiten die Nachricht von sehr heftigen Streitigkeiten erhalten. Ferner darüber, daß beabsichtigt sei, eine große Vereinigung der Baltikumer zu gründen. Ich habe mehrfach mit anderen Herren darüber gesprochen, u. a. mit dem damaligen Stettiner Polizeipräsidenten Fenner. Wir hatten beide Sorge, und ich beschloß daher, Herrn Roßbach zu mir zu bitten. Er kam auch und war sehr konziliant und vorsichtig. Ich habe ihm die Richtlinien auseinandergesetzt und ihm gesagt, daß im Falle von neuen Unruhen und Grenzeinfällen die ehemaligen Freikorpsleute organisch in die Reichswehr eingefügt werden könnten, nicht aber als geschlossener Truppenteil. Schließlich ist dann doch eingetreten, was ich befürchtete: Auf einen Pfiff von irgendwo

verschwanden die Roßbacher eines Tages und gingen nach Schlesien,

um dort zu einer Organisation zusammenzutreten. Die Reichswehr wußte nichts davon.

Es fragte nur ein Vertreter des Bürgerbundes an, ob es uns unangenehm wäre, wenn die Leute nach Schlesien gingen, worauf ich antwortete: Wenn ihr wollt, meinetwegen, ich habe damit nichts zu tun. Der Landbund hat bei mir nicht angefragt. Auf jeden Fall

muß ich es scharf zurückweisen, daß es sich um eine Organisation der Reichswehr handelte.

Die Waffenfrage war damals sehr verwirrt. Aus den unbewachten Kasernen waren zahllose Waffen in die Hände der Bevölkerung gelangt. Dann gab es die Waffen des alten Heeres, der Einwohnerwehr und der Freikorps. Man konnte Waffen kaufen. In Berlin kostete die Flinte eine Mark. Andererseits brauchten wir Waffen für die Zeitfreiwilligen, und, um sie dem Zugriff der Kontrollkommission zu entziehen,

mußten wir Reichswehrwaffen beiseiteschaffen,

die zu treuen Händen Bürgerkreisen übergeben wurden, aber nicht zur Verteilung an einzelne, sondern nur, wenn die Reichswehrfreiwilligen im Falle von Unruhen einberufen werden mußten. Aus dem Waffenbesitz der Organisation Roßbach kann also gar nichts gefolgert werden, man kann auch nicht sagen, daß diese Leute die Waffen mit Billigung der Reichswehr behalten haben. Wir haben uns vielfach große Mühe gegeben, die Waffen wiederzubekommen.

Die Roßbacher sind keine Reichswehrsoldaten gewesen.

Sie haben keine Löhnung und keine Unterstützung von der Reichswehr bekommen, sich also nie als Soldaten fühlen können.

Der nächste Zeuge Major a. D. v. Bodungen war einer der Führer des pommerschen Landbundes; von Bodungen selbst war Gauleiter, dem die Wehrorganisationen in den Landkreisen um Stettin unterstanden, und gleichzeitig war er militärischer Leiter im Kreise Greifenhagen. Er behauptet gegen den Widerspruch des Generals von Pawelsz, daß in Gegenwart des Generals klar festgestellt worden sei, daß sich die Organisation Roßbach als jederzeit der Reichswehr zur Verfügung stehend zu betrachten habe. Roßbach habe auch einen Adjutanten aus der Reichswehr erhalten, und zwar den Leutnant von Wedel aus Stargard. „Landarbeiter" war der Deckname für Soldaten, „Ernte" für die Mobilmachungsfälle, die auch mit der Reichswehr besprochen wurden. (Sehr scharf und erregt): Unter diesen Stichworten sind wir ja auch immer zusammengerufen worden. Sie, Herr General, kamen aus Berlin in Zivil in jene Sitzung im Evangelischen Vereinshaus. Ob ich das Nächste dann noch sprechen darf, das weiß ich nicht.

Auf eine Frage des Oberstaatsanwalts, ob das Interesse der Reichswehr an der Entwaffnung der Organisation Roßbach nur markiert oder echt gewesen sei, antwortete der Zeuge:

Das Interesse des Wehrkreiskommandos an der Entwaffnung der Zeitfreiwilligen nach der Entlassung war absolut echt.

Wir wollten die Waffen nicht in den Händen von Leuten lassen, von denen Gefahr drohe. Ob lokal etwa auch einmal anders gehandelt worden ist, weiß ich nicht. Von mir aus habe ich getan, was ich konnte. Es gab übrigens kein Reichswehrbataillon 37. Wenn sich die Roßbacher so nannten, dann waren sie doch eine Freikorpsformation und nicht Reichswehr.

Ein Beisitzer: Herr Leutnant Schultz hat hier erklärt, daß er einen überführten Verräter auf Befehl hätte erschießen müssen, und er ließ auch durchblicken, auf Befehl der Reichswehr. Was ist Ihnen über die Behandlung von überführten Verrätern bekannt? — Zeuge v. Pawelsz: Der Gedanke einer ungesetzlichen Hinrichtung von Verrätern ist niemals aufgetaucht. Ich habe von diesem Vorfall erst durch den Prozeß erfahren. Die Reichswehr hat einen solchen Befehl bestimmt nicht gegeben.

Zeuge von Bodungen (sehr scharf und laut):

Ich selbst habe diesen Befehl an Roßbach und an Schultz weitergegeben, und ich habe ihn in der Unterredung von General Pawelsz bekommen.

(Große anhaltende Bewegung im ganzen Saal.) Es wurde mir gesagt, daß die Waffen geheim zu halten und Verräter unter allen Umständen zu beseitigen seien. Das ist mir auch von Hauptmann Wolf gesagt worden. Die Waffen haben wir uns öfters aus den Kasernen der Reichswehr geholt, wo sie an uns abgegeben wurden. (Erneute Bewegung.)

Vorsitzender: Sie haben also den klipp und klaren Befehl von General v. Pawelsz bekommen? — Zeuge von Bodungen: Jawohl, und zwar in einer kurzen persönlichen Unterredung in dem kleinen Zimmer des Hotels Preußenhof.

General v. Pawelsz: Von dieser Unterredung weiß ich nichts, aber ohne jede Einschränkung möchte ich hier sagen, daß

von mir ein derartiger Befehl nie und nimmer gegeben worden ist, das nehme ich auf meinen Eid.

(Anhaltende Bewegung.)

Der Zeuge von Bodungen kam dann auf die Anforderung der Organisation Roßbach nach Oberschlesien zu sprechen. General v. Pawelsz habe ihm mitgeteilt, die Mobilmachung sei schon im Gange, die Regierung habe einen bestimmten Entschluß gefaßt. Der Zeuge erklärte: Damals hat mich General v. Pawelsz zum Schweigen verpflichtet. Er erklärte, es sei beschlossen, gegen Polen mobil zu machen. Die Organisation Roßbach solle sofort in Marsch gesetzt werden.

General v. Pawelsz: Das ist von Anfang an nicht richtig.

Niemals ist eine Mobilmachung gegen Polen vorbereitet worden, wohl aber ein Grenzschutz an der polnischen Grenze.

Zeuge v. Bodungen: Es ist befohlen worden: Mobilmachung gegen Polen. Ich sollte sofort Meldung erstatten, daß alles auf die Beine gebracht worden sei. Ich habe die Leute zusammenrufen lassen etwa 800 bis 1000 Mann im Kreise Greifenhagen, sowie auf dem Wohnschiff auf der Oder. Nachts wurde aber plötzlich abgeblasen.

Vorsitzender: Nehmen Sie auf Ihren Eid, Herr General, daß eine Mobilmachung gegen Polen nicht beabsichtigt war?

General v. Pawelsz: Jawohl, es handelte sich nur um Grenzschutz.

R.-A. Bloch: Reichswehrminister Geßler hat selbst zugegeben, daß damals gegen Osten ein vorsichtig aufgebautes Verteidigungssystem geschaffen wurde.

Zeuge v. Bodungen: Ich weiß doch Bescheid und kann auch unterscheiden. Wir warteten ja damals in Stettin auf den Chef des Stabes, und unter den Offizieren ging immer nur das Gespräch: Na hoffentlich gehts los, und da kam General v. Pawelsz aus Berlin und sagte uns:

Die Entscheidung ist gefallen, es geht los.

(Große Bewegung im ganzen Saal.)

General v. Pawelsz: Das kann ich unmöglich gesagt haben, ich habe wohl nur festgestellt, daß die Regierung sich einig ist, einen Grenzschutz gegen Polen aufzubauen.

Zeuge v. Bodungen (erregt): Aber ich sehe den Herrn General noch mit den Worten ins Zimmer kommen, wir warteten doch alle in höchster Spannung.

General v. Pawelsz: Dann wundere ich mich nur, woher der Widerruf von der angeblichen Mobilmachung gekommen sein soll. Mir ist davon nichts bekannt. Unter keinen Umständen haben wir eine Mobilmachung mit dem Ziel, nach Polen hineinzugehen, vorbereitet. Später in Oberschlesien war das etwas ganz anderes. Da war Polen der Friedensstörer.

Zeuge v. Bodungen bekundet dann weiter, sie hätten die Waffenladungen vom Wehrkreiskommando bekommen. Für den Transport seien ihnen Lastkraftwagen der Reichswehr zur Verfügung gestellt worden.

General v. Pawelsz: Ich muß wahrheitsgemäß sagen:

ein Einfluß der Reichswehr auf die Organisation Roßbach hat nicht stattgefunden,

wohl aber ist es möglich, daß die Angeklagten durch ihre organisatorischen Vorgesetzten und Führer in dem Glauben gelassen worden sind, sie seien noch Soldaten.

Die weitere Vernehmung erstreckt sich auf den Zeugen Rittmeister v. Loen aus Berlin. Nach seiner Aussage sollen im August 1920 auf Veranlassung einer Regierungsstelle die ersten Roßbach-Leute nach Schlesien geholt worden sein, um sie in einer besonderen Organisation zu verwenden, was dann die Organisation Heintz wurde. Ihr Führer war der frühere Fähnrich Hauenstein. Von August 1920 bis etwa Juli 1922 haben diese Hauensteiner

ungefähr 200 planmäßige sogenannte Fememorde durchgeführt,

über die in jedem einzelnen Falle an die Regierungsstelle berichtet worden sei.

Als Zeuge erscheint dann der Kommandeur des Reichswehrbataillons in Stargard, General Caldrak, gegenwärtig in Allenstein. Ihn fragt der Vorsitzende zunächst, ob er gewußt habe, daß in der Umgegend von Stargard Roßbacher untergebracht seien, um Waffenlager zu bewachen. Zeuge: „Die Leute waren als Landarbeiter, Flurschützen usw. beschäftigt. Oberleutnant Roßbach hat mit den Offizieren des Reichswehrbataillons verkehrt. Auf einem Sportfest in Stargard hat Roßbach mir erzählt, daß er Waffen besäße."

Vorsitzender: „Haben Sie aus Ihren Beständen Waffen geliefert?" Zeuge: „Nur vereinzelt."

Vorsitzender: „Wer waren die verantwortlichen Verwahrer der Waffen?" Zeuge: „Gutsbesitzer, Bürgermeister usw."

Der nächste Zeuge ist der frühere Kommandeur des oberschlesischen Grenzschutzes während des dritten polnischen Aufstandes, Generalleutnant v. Höfer. Es macht tiefen Eindruck, als er, der den rechten Arm im Weltkrieg verloren hat, die Linke zum Schwur erhob. Er bekundet, 1919 habe es keine Roßbacher in Oberschlesien gegeben. Ob im nächsten Jahr welche bei der Reichswehr in Stettin angefordert worden seien, weiß er nicht genau, doch sei die Möglichkeit sehr gut vorhanden. 1921 weiß ich bestimmt, daß Leute der Organisation

Roßbach dem Selbstschutz unterstellt

gewesen sind. Zeuge sagt unter Eid aus, daß die Roßbacher während des dritten polnischen Aufstandes unter seinem Kommando gestanden hätten. Sie hätten damals als eine freiwillige, aber regierungsseitig **anerkannte Formation** gegolten und wären zu militärischen Dienstleistungen eingezogen worden. Am 3. Mai sei der polnische Aufstand ausgebrochen, und bereits am 5. Mai sei eine Kompagnie Roßbacher gegen den Feind gerückt. Während des ganzen Aufstands habe sich die Truppe

außerordentlich tapfer geschlagen und große Verluste gehabt.

Als dann der Vorsitzende erwähnt, daß der Zeuge von Loen erklärt habe, in der fraglichen Zeit seien in Oberschlesien 200 Fememorde befehlsmäßig ausgeführt worden, setzt Generalleutnant v. Höfer in einer mehr als einstündigen ausführlichen Darstellung die Verhältnisse in Oberschlesien während des polnischen Aufstandes auseinander und sagt: „In dieser Zeit ist natürlich der Wert des Menschenlebens nicht so hoch eingeschätzt worden.

Die damalige Zeit in Oberschlesien war zuchtlos und gewalttätig.

Die Handlungen, die damals vorgekommen sind, erscheinen natürlich heute als ganz ungeheuerlich.

Mancher hat einen Mord begangen, der ihm zum Schutz des Vaterlandes notwendig erschien.

Wer konnte auch annehmen, daß die Truppen erst an ein Gericht zum ordentlichen Verfahren gingen. Ich selbst habe, als es notwendig war, das sogenannte Kameradengericht eingerichtet. Es war dies das einzige Mittel, um die Manneszucht aufrechtzuerhalten. Ich habe auch verschiedentlich die Todesstrafe angedroht. Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Mittel. Auch aus dem Jahr 1919 ist mir ein Fall von Selbstjustiz bekannt geworden. Damals hatte der zuständige Reichs- und Staatskommissar Hörsing einfach die Anweisung gegeben, wer mit der Waffe in der Hand betroffen wird, ist zu erschießen. Wenn durch meine Maßnahme der Kameradengerichte, deren Urteile ich bestätigte — Todesurteile sind aber keine gefällt worden —, irgendjemand Nachteile haben sollte, trage ich dafür die Verantwortung."

Rechtsanwalt Bloch: „Herr Vorsitzender! Nachdem durch die Ausführungen von Exzellenz v. Höfer dargelegt worden ist, unter welchen Umständen damals Tötungen erfolgt sind, bitte ich, die Staatsanwaltschaft zu fragen, ob sie noch die Anklagen aufrechterhalten will." Oberstaatsanwalt: „Bevor ich diese Frage beantworten kann, muß ich erst General v. Pawelsz fragen, ob die oberschlesischen Verhältnisse den Verhältnissen in Pommern damals gleichgestellt werden können." General v. Pawelsz: „Nein. In Pommern stand kein Feind." Oberstaatsanwalt: „Dann muß ich auch die Frage der Verteidigung verneinen."

Generalleutnant v. Höfer: „Ich sehe auch aus dem Ganzen, daß die Selbstjustiz im Falle Schmidt nicht gerechtfertigt ist. Die Mitglieder der Freikorps waren Produkte ihrer Zeit. Sie hatten den Auftrag, die geheimen Waffenlager unter allen Umständen zu schützen, und wenn sie sich in dem gegebenen Fall nicht an die ordentlichen Gerichte wandten, so geschah dies, weil sie glaubten, diese seien zu öffentlich und ihre Geheimnisse könnten preisgegeben werden. Deshalb muß man diese Leute

nicht als gemeine Verbrecher ansehen,

sondern sie handelten nach meiner Ueberzeugung aus vaterländischen Gründen. Was geschehen ist, stellt sich nach meiner Ansicht als Komplex rein politischer Delikte dar."

Nun folgt die Vernehmung des Zeugen Rittergutsbesitzers Messner aus Sabow, damals vom Landbund beauftragter Hauptleiter des Kreises Pyritz, dem Gauleiter v. Bodungen untergeordnet. Bei ihm wohnte auch Oberleutnant Roßbach.

Vorsitzender: „Als was galt Roßbach Ihren Leuten gegenüber?"

Zeuge: „Aeußerlich als Gutsarbeiter. Aber der Name Arbeiter ist nicht gebraucht worden. Die Leute sind stets als Soldaten betrachtet und als Soldaten gelöhnt worden.

Darauf wird die Verhandlung auf Dienstag vertagt.

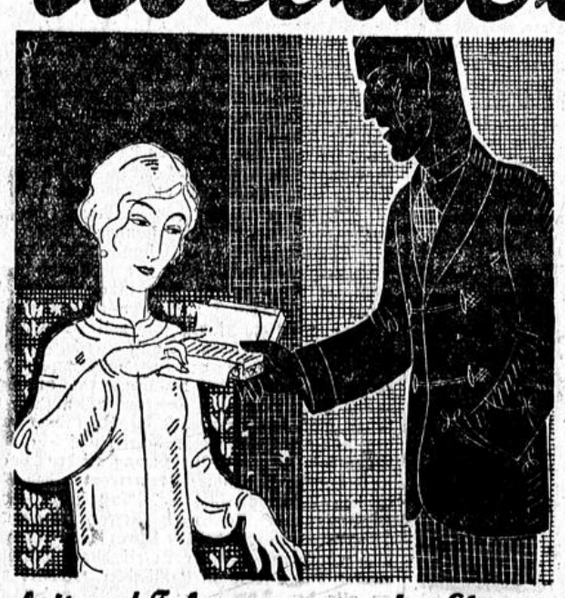
*

Eine Erklärung der Preußischen Regierung.

:: **Berlin, 21. April.** Aus Kreisen der preußischen Staatsregierung wird mitgeteilt: Nach den Mitteilungen der heutigen Morgenblätter ist in der gestrigen Verhandlung des Fememordprozesses gegen Heines und Genossen in Stettin von dem Zeugen Rittmeister a. D. von Loen die Behauptung aufgestellt worden, daß eine Spezialformation in den Jahren 1920, 1921 und im ersten Halbjahr 1922 mit Willen und Wissen einer Regierungsstelle etwa 200 sogenannte Fememorde in Schlesien planmäßig durchgeführt habe. In jedem einzelnen Fall sei über die Vollstreckung dieses Urteils an diese Regierungsstelle berichtet worden. Aus der in diesem Zusammenhang erfolgten Nennung des Oberpräsidiums in Breslau und des Polizeipräsidiums in Breslau und des Staatskommissars für die öffentliche Ordnung muß der Eindruck entstehen, als seien diese Behörden die vorher erwähnte Regierungsstelle. Demgegenüber wird mit aller Entschiedenheit vom preußischen Ministerium des Innern festgestellt, daß keine dieser preußischen Regierungsstellen jemals zu einer Ermordung, geschweige denn zu einer planmäßigen Durchführung einer Reihe solcher Straftaten den Auftrag erteilt hat. Ebenso unrichtig ist es, daß über die Erledigung solcher Aufträge in einer der Regierungsstellen Meldungen erstattet worden sind; aber auch keine andere Regierungsstelle hat mit der Angelegenheit irgend etwas zu tun.

3

Über die vollkommene Ehe



hält der berühmte holländische Mediziner van de Velde allerorts sensationelle Vorträge, und er weiß eine Menge guter Ratschläge und gediegener Rezepte zur Befriedigung in der Ehe und zur Herbeiführung eines vollkommen ehelichen Glücks im Zusammenleben zu geben. Ohne Zweifel ist es van de Velde damit gelungen, die Reize des Ehelebens raffiniert zu erhöhen. Nur eines vernachlässigte er in seinen Hunderten von Eheregeln, er versäumte es, auf die große Bedeutung hinzuweisen, die die richtige Wahl der von den Ehegatten geraucht. Zigarette bei ihrem Eheglück besitzt.

Greiling-Auslese

die beste 5-Pfg.-Zigarette, ist diejenige Marke, die für die Harmonie unter Eheleuten die höchste Garantie bedeutet. Der gemeinsame Genuß dieser aus besten Orient-Tabaken zu höchster Qualität gemischten Zigarette verbürgt eine nie gekannte Einigkeit und Toleranz unter den Ehegatten. - Zur wohltuenden Abwechslung greift man zu Greiling-Schwarz-Weiß zu 4 Pf. und Greiling-Juwel zu 6 Pfg., man erlebt so in Duft und Aroma eine Abstimmung, die das Glück und den Frieden in der Ehe zur höchsten Annehmlichkeit steigert und in gegenseitiger Nachsicht eine milde Verklärung bewirkt.

Münsters Katholiken protestieren.

Gewaltige Kundgebung gegen die Christenverfolgung in Mexiko / Parallelversammlung zu der Martini-Kirche.

Münster, 22. April.

Dem Rufe des Katholikenkomitees zu einer Protestversammlung gegen die Christenverfolgungen in Mexiko waren die Katholiken Münsters in überaus großer Zahl gefolgt. Der große Saal der Stadthalle war bereits lange vor 12 überfüllt, so daß vielen Hunderten der Zutritt nicht mehr gestattet werden konnte. Das Katholikenkomitee sah sich daher genötigt, in der Martini-Kirche eine Parallelversammlung zu veranstalten, die gleichfalls sehr stark besucht war.

Der Vorsitzende des Katholiken-Komitees in Münster,

Medizinalrat Dr. Engels,

eröffnete die Kundgebung mit folgenden Worten:

Ew. Bischöflichen Gnaden! Katholische Frauen und Männer von Münster!

Zuerst ein herzliches Willkommen Ihnen, Bischöfl. Gnaden und Dank, daß Sie die Firmungsreise unterbrochen haben, um an dieser Versammlung teilzunehmen. Willkomm und Dank auch dem Redner des heutigen Tages, Herrn Pater Esch S. J.

Als das Katholiken-Komitee der Stadt Münster die katholischen Männer und Frauen vor einem Jahre in die Halle Münsterland berief, galt es, unserem Jubelpriester auf Petri Stuhl zu huldigen. Annähernd elftausend katholische Bürger waren damals unserem Rufe gefolgt. Wir haben uns um unseren Diözesankirchenfürsten, unseren Hochwürdigsten Herrn Bischof, geschart und waren einig und einmütig in unserem Bekenntnis zu Rom und in unserer Huldigung für den hohen Jubilar auf Petri Stuhl, Papst Pius XI.

Heute hat das Katholiken-Komitee alle katholischen Männer und Frauen zu einer Versammlung in der Stadthalle in Münster aufgerufen, um entsprechend der dringenden Mahnung unseres hl. Vaters in Rom in einer großen Kundgebung gegen die grauenhafte Katholiken-Verfolgung in Mexiko Stellung zu nehmen. Es handelt sich um eine rein katholische Veranstaltung und hat mit Politik nichts zu tun. Ich weise deshalb auch von dieser Stelle den in der Kölnischen Zeitung gemachten Vorwurf „einer unklugen politischen Einmischung in fremde Angelegenheiten" als durchaus abwegig zurück. Wer, wie die Kölnische Volkszeitung mit Recht sagt, die Staatsomnipotenz lehrt, für den ist das Vorgehen in der mexikanischen Kirchenfrage allerdings nur eine Einmischung in politische Angelegenheiten, der ist aber auch kein aufrichtiger Freund unserer hl. katholischen Kirche.

Allüberall erhebt man Einspruch gegen die Glaubensverfolgung in Mexiko; nicht nur in Deutschland mehren sich von Tag zu Tag die Proteste, sondern auch in anderen Ländern. Alle, alle geben ihrer tiefen Entrüstung Ausdruck, daß eine gottesfeindliche mexikanische Regierung ihre katholischen Landeskinder nur deshalb verfolgt, peinigt, martert und mordet, weil sie ihren katholischen Glauben nicht verleugnen wollen. Wir verabscheuen dieses System, das die Gewissensfreiheit knebelt. Durch absolut beglaubigte Nachrichten und Tatsachen steht es fest, und es kann kein Zweifel mehr darüber herrschen, daß in Mexiko eine wahre Katholikenverfolgung herrscht.

Mexiko wird künftig in den Annalen der Kirche einen ruhmreichen Platz einnehmen, würdig des Martyrertums der Blutzeugen aus den ersten christlichen Jahrhunderten. Alle diese Prüfungen und Drangsale sind der sinnfällige Ausdruck des ewigen Streites zwischen der Macht Gottes und der des Teufels. Die Verfolgungen sind uns vorher verkündet, und wir haben die Verheißung, daß die Mächte der Hölle gegen die Stadt Gottes nichts vermögen. Im Augenblick herrscht in Mexiko die Macht der Finsternis; ihre Regierung wird aber von begrenzter Dauer sein. Dereinst am Tage des Weltgerichtes, werden die Verfolger und die Opfer einander gegenüberstehen. Wir wollen uns mit unsern gequälten Glaubensbrüdern in Mexiko im Gebet vereinen und ihnen zurufen: Eure Sache ist unsere Sache; Eure Sache sollte aber auch Sache jedes anständigen Menschen sein ohne Unterschied der Religion und Politik. Denn, was wir in Mexiko erleben, ist unwürdig des 20. Jahrhunderts und unwürdig jedes Landes, das auf Zivilisation Anspruch macht. Wir appellieren an den Gerechtigkeitssinn und das Mitgefühl unserer andersgläubigen Zeitgenossen, ihr eisiges Schweigen zu diesen Vorgängen endlich zu brechen. Wir Katholiken würden im umgekehrten Falle mannhaft, offen und frei auch für die Rechte Andersgläubiger eintreten. Wir verlangen Gewissenfreiheit und Gerechtigkeit nicht nur für uns, sondern für alle.

Unseren Glaubensbrüdern in Mexiko senden wir Treugrüße. Wir wollen ihnen helfen durch Gebet und Opfer.

Noch lebt der starke und gerechte Gott im Himmel, er wird auch die Katholiken in Mexiko nicht verlassen.

Das Wort nahm dann der

hochw. Herr Bischof Johannes

zu folgenden Ausführungen:

Als Bischof danke ich von Herzen dem Katholiken-Komitee dieser Stadt, daß es diese Versammlung berufen hat, die feierlich Einspruch erhebt gegen die Katholikenverfolgung in Mexiko. Ich danke dem Herrn Redner im voraus, der diese Verfolgung näher charakterisieren wird und uns ein erschütterndes Bild entwerfen wird von jenem unglücklichen Lande, in dem 15 Millionen Katholiken von einer kleinen Gruppe Kirchenhasser in brutalster Weise geknechtet und verfolgt werden. Ihnen allen danke ich für die tiefempfundene Anteilnahme an dem traurigen Los unserer Glaubengenossen jenseits des Ozeans.

Eine Stimme der Entrüstung über die Greueltaten in Mexiko geht durch die katholische Welt; ich freue mich, daß auch die Katholiken Münsters ihrer Empörung über diese Kulturschande des 20. Jahrhunderts Ausdruck verliehen haben.

Als treue Kinder der katholischen Kirche, als Freunde der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Friedens, treten wir an die Seite der Bekenner und Märtyrer in Mexiko; wir stützen sie gern in ihrem Kampfe mit unserer Anteilnahme, unseren Almosen und unserem Gebete.

Angesichts der Verfolgungen und Leiden unserer Glaubensgenossen brauchen wir nicht kleinmütig und verzagt zu werden. Auch diese Verfolgungen sind ein Beweis für die Wahrheit unseres Glaubens, für die göttliche Stiftung unserer hl. Kirche. „Wie sie mich verfolgt haben, so werden sie euch verfolgen", sagt der göttliche Heiland, der Stifter unserer Kirche. Unsere Kirche ist die Braut des Herrn, der am Kreuz gestorben ist.

Vergessen wir aber nicht, daß ähnliche Verfolgungen auch über uns kommen können. Der Kulturkampf am Ende des vorigen Jahrhunderts beweist dies. Das neue Heidentum, das sich heute auf allen Gebieten des Lebens mehr und mehr ausbreitet, zeigt, daß auch uns ernste Zeiten bevorstehen. Daher tut es not, daß wir wachsam sind, einmütig unsere Stimme erheben gegen die organisierte Macht des Unglaubens.

Mögen auch diese Versammlungen mit ihren Kundgebungen für unsere bedrängten Glaubensgenossen in Mexiko das Gefühl der Einheit und Zusammengehörigkeit aller deutschen Katholiken in allen wichtigen Fragen des Lebens stärken und beleben!

Möge das katholische Volk Deutschlands, mögen die Katholiken der Diözese des hl. Ludgerus in allen Lagen dem hl. Glauben die Treue bewahren, unerschütterlich feststehen zum Felsen Petri, dem Mittelpunkt der Wahrheit und katholischen Einheit! (Lebhafter Beifall.)

Pater Esch, S. J.

ergriff sodann das Wort zu einem längeren Vortrag, wobei er u. a. ausführte: Die Worte, die unser Herr Vorsitzende gesprochen hat, deuten an, daß wir hier nicht Fragen politischer Natur aufwerfen wollen. Wir wissen sehr wohl, daß das mexikanische Kirchenproblem belastet ist mit einer ganzen Fülle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen, aber nicht das ist es, worauf wir ausgehen. Wir gehen einzig und allein in dieser Versammlung aus von der Tatsache, daß tausende und abertausende unserer katholischen Mitbrüder und Mitschwestern sich in einer unglücklichen Lage befinden, die unsere innigste Teilnahme herausfordert.

Der mexikanische Kirchenstreit ist nicht von gestern, er hat seine Vorgeschichte seit Jahrzehnten schon. Mexiko ist ein Land von großer Geschichte, von großen Reichtümern, aber Mexiko ist ein Land von tiefster innerer Zerrissenheit. Wenn wir berücksichtigen, daß kein Land auf der Erde soviel Staatsumwälzungen hatte wie Mexiko, so ersehen wir daraus schon, daß die Verhältnisse dort nicht stabil sind. Von 1821 bis 1887 hatte Mexiko nicht weniger als 36 Verfassungen und 72 Staatsoberhäupter. Die glücklichste Zeit war für die Katholiken die Regierungszeit des Präsidenten Huerta von 1913 bis 1916, weil dieser Mann ein Gläubiger war. Die beiden Nachfolger des Präsidenten Huerta leiteten die kirchenfeindlichen Aktionen in die Wege, und Calles, der heutige Präsident, versucht die kirchenfeindlichen Gesetze durchzubringen. Die Verfolgung der Katholiken Mexikos, unter der wir heute stehen, hat ihren Hauptursprung in der kulturkämpferischen Gesetzgebung vom 3. Juli 1926. Dieses Gesetz beraubt die Kirche ihres gesamten Eigentums, jedes Einflusses auf die Schule, jeder freien Meinungsäußerung, jeder Religionsfreiheit.

Die Erzbischöfe erließen am Tage des Inkrafttretens der Regierungsbestimmungen ein Interdikt, in dem den Gläubigen mitgeteilt wurde, daß jeder Gottesdienst aufhöre, um der Regierung vor Augen zu führen, daß das katholische Volk sich nicht vergewaltigen lasse. Aber alles war vergebens, gewaltige Kundgebungen der Katholiken haben wenig Eindruck auf die Regierung gemacht. Sie blieb nicht einmal bei den beschlossenen Gesetzen. Ihre Ausführung geschah in einer Weise, wie wir es uns gar nicht vorstellen können. Die Kirchen wurden kurzerhand geschlossen und einzelne Priester ohne weiteren Grund verhaftet.

Es ist schwer, aus dem vorliegenden Material das richtige herauszufinden. Aber mit Hilfe des hl. Vaters war es möglich, genaue Einzelheiten über die grausame Verfolgung der Geistlichen und ihre brutale Hinmetzelung zu erhalten. Wenn es nicht Katholiken wären, die in Mexiko mißhandelt und hingerichtet werden, dann würde der Völkerbund, dann würde auch das Rote Kreuz nicht schweigen. (Lebhafter Beifall. Wir wollen uns nicht in politische Fragen eines anderen Landes einmischen, aber wir verlangen, daß man Recht Recht sein läßt. Es ist davon gesprochen worden, daß die Katholiken bei ihren Protestkundgebungen die politische Klugheit vermissen ließen. Sagen wir es ganz offen: Uns geht Ehre und Recht über politische Klugheit, denn Ehre und Recht ist das Höchste, was der Mensch besitzt.

Draußen in Mexiko ist jeder katholische Mitbürger vollständig verarmt. Kein Bischof kann sein Amt öffentlich ausüben, doch die Priesterschaft steht fest zu ihrem Glauben. Die eine Tatsache steht fest, daß nicht ein Priester seinem Glauben untreu geworden ist, trotzdem Calles jetzt 500 Pesetas denen angeboten hat, die zur Nationalkirche übertreten wollen. Bis 1926 wissen wir authentisch, daß weit über 100 Gläubige hingerichtet worden sind, weil sie ihren Glauben nicht verleugnen wollten.

Wir sind eine katholische Gemeinschaft, eine katholische Familie. Wir grüßen unsere Brüder und Schwestern draußen in Mexiko, und danken ihnen, daß sie so fest zu ihrem Glauben stehen. Wir wissen: die katholische Kirche wird triumphieren. Ich möchte schließen mit einem Gruß an den hl. Vater, mit einem Gruß an Mexiko. Es lebe Christus im Herzen des Volkes. Ich darf Sie bitten, mit mir anzustimmen: „Fest soll mein Taufbund immer stehen, ich will die Kirche hören". (Lebhafter Beifall.)

Dr. Engels verlas zum Schluß folgende von der Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommenen

Entschließungen

Sr. Heiligkeit Papst Pius XI, Rom.

Die Katholiken Münsters haben heute in einer machtvollen Protestversammlung ihren Abscheu gegen die Christenverfolgung, über die ganze Kette von Opfern der Verfolgung, der Verbannung, der Qualen und gewaltsamen Hinmordung hunderter von Priestern und Laien in Mexiko vor aller Oeffentlichkeit zum Ausdruck gebracht. Sie sprechen Eurer Heiligkeit aufrichtigen Dank dafür aus, daß Eure Heiligkeit so mutig und kraftvoll für die Rechte der Kirche in Mexiko eingetreten sind.

Wir hoffen zu Gott, daß es Eurer Heiligkeit unausgesetzten Bemühungen gelingen wird, dem gottesfeindlichen Vorgehen der mexikanischen Regierung gegenüber den katholischen Landeskindern Einhalt zu gebieten. Wir sind mit unseren Glaubensbrüdern in Mexiko im Gebete vereint. Gottes Gerechtigkeit wird sie nicht verlassen.

Der Bischof von Münster: Johannes.

Das Katholiken-Komitee der Stadt Münster:

Dr. Engels, Oberregierungsrat, Vorsitzender.

*

An den Herrn Reichskanzler Dr. Marx, Berlin.

Die Katholiken der Stadt Münster haben sich heute in machtvoller Protestversammlung in der großen Stadthalle zusammengefunden, um ihrer tiefen Entrüstung über die Grausamkeit der mexikanischen Regierung gegenüber unschuldigen katholischen Bürgern Ausdruck zu geben. Sie protestieren in heiliger Ueberzeugung gegen die blutige Schreckensherrschaft in Mexiko, die durch eine Fülle absolut beglaubigter Nachrichten bestätigt wird. Die Katholikenverfolgung in Mexiko ist des 20. Jahrhunderts und eines zivilisierten Staates durchaus unwürdig. Wir geben der Erwartung Ausdruck, daß von dem deutschen Gesandten in Mexiko weitere wahrheitsgetreue Berichte nach Deutschland gelangen und bekanntgegeben werden und daß von der deutschen Regierung kein Mittel unversucht bleibt, damit dieser brutalen Unterdrückung der Gewissensfreiheit durch den gemeinsamen Einspruch aller Kulturmächte der Welt ein Ende bereitet wird.

Das Katholiken-Komitee der Stadt Münster.

Der Vorsitzende: Dr. Engels, Oberregierungsrat.

*

An die Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages, Berlin.

Die Katholiken der Stadt Münster haben sich heute in der großen Stadthalle vereinigt und beifolgende Entschließung an den Herrn Reichskanzler beschlossen.

Wir richten auch an die Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages, als die berufenste politische Vertretung der Katholiken Deutschlands, die herzliche und dringende Bitte, keine Mittel unversucht zu lassen, um die gequälten und gemarterten Glaubensbrüder in Mexiko von ihren Qualen und dem Gewissensdruck zu befreien und dafür einzutreten, daß Recht und Gerechtigkeit in Mexiko wieder hergestellt werden.

Zu unserer großen Betrübnis schweigt die nichtkatholische Presse gänzlich zu dieser Kulturschande des 20. Jahrhunderts, die eines zivilisierten Staates unwürdig ist. Mit demselben Befremden müssen wir feststellen, daß auch der Völkerbund und die Liga für Menschenrechte sich bisher in unverständliches Schweigen gehüllt haben.

Wir hoffen und erwarten, daß der Notschrei der Katholiken Münsters und ganz Deutschlands zugunsten unserer verfolgten Glaubensbrüder in Mexiko bei der Zentrumsfraktion des deutschen Reichstages nicht ungehört verhallen wird und Mittel und Wege zur schleunigen Abhilfe vor aller Oeffentlichkeit gefunden werden.

Das Katholiken-Komitee der Stadt Münster:

Oberregierungsrat Dr. Engels, Vorsitzender.

*

An den Herrn mexikanischen Gesandten bei der Reichsregierung, Berlin.

Euer Hochwohlgeboren übersendet das Katholiken-Komitee der Stadt Münster i. W. die heute in machtvoller Versammlung gefaßten Entschlüsse der Katholiken der Stadt Münster zu den grausamen Katholiken-Verfolgungen in Mexiko.

Unsere Glaubensbrüder und -schwestern wollen auch in Mexiko wie in jedem anderen zivilisierten Lande frei und offen ihren Glauben bekennen und danach leben können. Die Weltgeschichte hat gelehrt, daß die überzeugungstreuen Katholiken sich nie und nimmer durch Gewalt zurückhalten lassen, ihrem Glauben treu zu bleiben und die religiösen Pflichten zu erfüllen. Der Katholik ist verpflichtet, Gott zu geben, was Gottes ist, und der weltlichen Obrigkeit, was ihr zukommt. Dafür müssen den Katholiken in Mexiko aber auch die menschlichen und bürgerlichen Rechte der freien Meinungsäußerung und des religiösen Bekenntnisses gewahrt bleiben. Die Katholiken der Stadt Münster protestieren gegen die Knebelung dieser Rechte der Katholiken in Mexiko und bitten Euer Hochwohlgeboren als den Vertreter Mexikos im deutschen Reiche, dies Ihrer Regierung zu übermitteln und für Recht und Gerechtigkeit auch gegenüber den Katholiken in Ihrem Lande bei der Regierung einzutreten.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung

Das Katholiken-Komitee der Stadt Münster.

Der Vorsitzende: Dr. Engels, Oberregierungs- und Obermedizinalrat.

*

Auch die Parallelkundgebung in der Martinikirche zeigte eine sehr starke Teilnahme. Auch hier richtete der Hochw. Herr Bischof an die Versammelten einige Worte der Ermunterung und erteilte den bischöflichen Segen. Prof. Dr. Donders führte den Gläubigen die Leiden der Katholiken Mexikos vor Augen und bat, ihnen stets treu und hilfsbereit zur Seite zu stehen.

Bücherschau.

Herwig, Franz, Deutsche Heldenlegende. Lex.-8°. Bisher Heft 1—12. Freiburg i. B., Herder.

Neue Auflagen:

1. Heft: **Der Führer.** 2. Auflage. (28 S.) 1927. 0,60 Mk.
2. Heft: **Der Namenlose.** 2. Aufl. (24 S.) 1927. 0,60 Mk.
3. Heft: **Widukind.** 3. Aufl. (26 S.) 1927. 0,60 Mk.
4. Heft: **König Otto und sein Sohn.** 3. Aufl. (24 S.) 1927. 0,60 Mk.
5. Heft: **Barbarossa.** 3. Aufl. (22 S.) 1927. 0,60 Mk.
6. Heft: **Maximilian.** 3. Aufl. (24 S.) 1927. 0,60 Mk.
7. Heft: **Dürer.** 3. Aufl. (22 S.) 1927. 0,60 Mk.
8. Heft: **Johann von Werth.** 3. Aufl. (18 S.) 1928 0,60 Mark.

*

Von der germanischen Urzeit bis zum Dreißigjährigen Krieg. 3. Aufl. VIII und 188 S.; 8 Bilder.) 1928. In Leinwand 6 Mark. Enthält Heft 1 bis 8 der „Deutschen Heldenlegende".

Das ist Darstellungskunst. Größte Einfachheit — größte Wirkung! Herwig verschmäht trockene Charakterbeschreibungen. Da steht der „Held" und redet und handelt, und wir mit ihm. Wir sehen ihn selbst und lernen ihn und seine Umgebung aus wenigen Seiten — wie in einer Stunde persönlicher Unterhaltung — besser kennen als aus mancher dicken Biographie. Staunen ergreift uns; diese Kraftnaturen, so verschieden nach Zeit und Landschaft und Sinnesart, verband dem Wesen nach Gemeinsames. Es wird uns warm im Herzen, wenn dieses Gemeinsame in uns selbst Verwandtes anklingen läßt: deutsche Beständigkeit und Zuversicht. Ein gutes Heldenbuch muß gleich stark die Jugend und das Alter mit seinem Geist erfüllen, das heißt „begeistern". In diesem Sinne gehört die Heldenlegende von Herwig zu den besten Büchern.

*

Wie reist man in Oberbayern und Tirol? Ein Wanderbuch zum Lust- und Planmachen. Von Prof. Dr. Karl Kinzel. 1927/1928. 16. Auflage mit Berücksichtigung von Nürnberg, München, Regensburg, Augsburg, Salzburg Innsbruck Bozen, Meran und der Sommerfrischen. Ganz neue Bearbeitung. 6 Stadtpläne, 4 Grundrisse, 1 Uebersichtskarte, 1 Wanderkarte, 9 Bilder. Verlag Friedrich Bahn in Schwerin i. Mecklb. Biegsam in Ganzleinenbd. 7.— RM.

In unserer Zeit, da es so viele wieder nach Süden lockt und da man vielleicht nach langer Pause von allerhand Notjahren die bayerischen und die Tiroler Berge und auch Italien einmal wieder sehen möchte, ist gar mancher verlegen um einen guten und zuverlässigen Reisekameraden: ein gutes Reisebuch.

Gegenüber den dicken, rot oder braun gebundenen Reiseführern, in denen eine Unmenge von Wissen zusammengetragen ist und die jedes Bi d und jede Schnitzerei einzeln registrieren, haben die Kinzelschen Bücher den großen Vorzug, daß der Verfasser die von ihm beschriebene Gegenden selber genau kennt und daß er seine Ratschläge für den guten Mittelstand und dessen Bedürfnisse einrichtet und ihm auch den Weg zu Bergtouren weist, die dem Ungeübten möglich sind.

Wer einmal nach den Anweisungen Kinzels einen Reiseplan entworfen und ausgebaut und wer sich an Ort und Stelle dessen Erfahrungen zunutze gemacht hat, wird es nie zu bereuen gehabt hab en. Denn Kinzel weist auf Grund eigener Erfahrungen den Weg dazu, diese wunderschönen Gegenden gründlich und ohne Schwierigkeiten kennenzulernen, ohne daß sich der Wanderer in gar zu viele Details verliert. Auch wer die großen Karawanfereien meiden und lieber die gemütlichen Gasthöfe bevorzugt, findet bei Kinzel stets den auf Erfahrungen gestützten Rat, so daß sich schon damit die Anschaffungskosten dieser höchst lustig und anschaulich geschriebenen Reisebücher bezahlt machen.

Das beliebte Nebenbuch „147 Sommerfrischen und Standquartiere in Ortschaften" (5 Aufl. 2.50) ist ebenfalls neu erschienen, ebenso der Schweizer Führer (9. Aufl. 5.80) und das Italien-Buch (7. Aufl. 1927 28 7.— RM.) alle neuzeitlich ergänzt und ausgestattet. Ebenso ein treffliches Reisebuch für Norwegen, Schweden und Finnland (7.— RM).— Glück auf zu den stillen und reinen Freuden der Bergesherrlichkeit und Bergesfreiheit.

Handwerkertag des Kreises Steinfurt.

Nordwalde, 23. April.

Am Sonntag, den 22. April, fand in Nordwalde im Gasthof „Zur Krone" die Kreishandwerkertagung des Kreises Steinfurt statt. Der Vorsitzende, Herr Zürkaulen, eröffnete die Tagung und begrüßte im Namen des Vorstandes für das Erscheinen. Als Ehrengäste waren die Herren Dr. Schürmann, der Syndikus der Handwerkskammer Münster, Herr Dr. Aßhoff, der Geschäftsführer des Westf.-Lipp. Handwerkerbundes, Dortmund, ferner der Bürgermeister von Nordwalde, Herr Scheele, sowie der Vorsitzende des Bauernbundes, erschienen.

Anschließend erstattete der Schriftführer den Jahresbericht. Erwähnenswert sind die Referate, die im vergangenen Jahre gehalten wurden: Syndikus Dipl.-Volkswirt van Heek, Rheine, hielt einen Vortrag über „Das Handwerk in seiner Organisation." M. d. Pr. L. Teitscheid-Opladen über „Das Handwerk in Parlament und Wirtschaft", Dr. Kahmann von der Handwerkskammer Münster über „Das Arbeitszeitnotgesetz". Im vergangenen Jahre wurden eine Kreishandwerkertagung, 8 Vorstandssitzungen, eine Obermeistertagung, 3 Vorstandssitzungen abgehalten.

Das Jahr 1927 schaffte mit seinen gestiegenen sozialen Lasten und den starken Steuerlasten eine etwas gedrückte Lage. Das Saisongewerbe war wohl ziemlich belebt. Aber, wie gesagt, haben gerade die Steuerlasten wie die gesunkene Kaufkraft, die Verringerung der Arbeitszeit und die Mechanisierung der Wirtschaftskräfte zur Hinderung der Entwicklung des Handwerks beigetragen. Zu verurteilen war auch das Borgunwesen. Die Kraft des Handwerks liegt aber immer noch in der Qualitätsarbeit, die zu fordern eine Aufgabe der nächsten Jahre sein müsse. Dem Schriftführer wurde für seine aufopfernde Arbeit vom Vorsitzenden im Namen der Versammlung gedankt.

Sodann erstattete der Kassierer den Kassenbericht. Ihm wurde debattelos Entlastung erteilt.

An fünfter Stelle der umfangreichen Tagesordnung stand die Vorstandswahl. Der Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt. Der Vorsitzende teilt dann die Namen der Herren mit, die am 1. Mai als Vertreter des Bundes zu einer Besprechung nach Dortmund und am 14./15 Juli nach Iserlohn zur Tagung des Westf.-Lippischen Handwerkerbundes entsandt werden.

Das erste Referat hielt der Schriftführer des Kreishandwerkerbundes, Herr Kopczynski, Rheine, betitelt „Berufsgedanken und Berufsstand im Wirtschaftsleben." Er betonte, daß der Mensch als ein Glied einer Gemeinschaft mitzuarbeiten habe für das Wohl und Wehe der Gemeinschaft, in der Zeit der Not sogar unter teilweiser Zurücksetzung der persönlichen Interessen und gab einen kurzen Durchschnitt durch unsere heutige Gesellschaftsordnung. Sodann legte er die Pflichten und Rechte der Angehörigen eines Berufsstandes eindeutig auseinander.

Als Hauptpunkt stand auf der Tagesordnung der Vortrag des Herrn Dr. Aßhoff, des Geschäftsführers des Westf.-Lipp. Handwerkerbundes, „Wie stellt sich das Handwerk zu den kommenden Wahlen?" Er erwähnte zunächst die allgemeine politische Hochkonjunktur in Frankreich und Amerika, England, Oesterreich und überall. Auch bei uns in Deutschland schreitet man mit Eifer in den großen Wahlkampf. Zunächst legte er die Aufgaben des neuen Reichstages, deren nicht wenige sind, auseinander. Das erste Jahr der Daweszahlungen ist da, wie wird diese Schuld des Reiches im Innern verteilt. Die Landwirte wollen die 100 Millionen Schulden nicht übernehmen. Wer soll sie tragen. Die Kommune ist auch in Gefahr, während früher das Reich Kostgänger der Kommune war, ist es jetzt umgekehrt. Wie sollen die Steuern verteilt werden? Stärkstes Interesse bringt man der Verwaltungs- und Verfassungsreform entgegen. Die Frage des Einheitsstaates ist akut, das ist von wirtschaftlicher, kultureller und politischer Wichtigkeit.

Was fordern die Handwerker vom neuen Reichstag. Schon dieser Reichstag hat sich mit dem Tarifausbildungsgesetz befaßt, und der neue Reichstag hat die Aufgabe, es zu verabschieden. Die Ausbildung durch die Handwerkskammern wird gefordert. Unzufrieden sind die Handwerker mit dem Arbeitsschutzgesetz. Man solle den Handwerkern in der Arbeitszeitfrage etwas mehr Spielraum lassen. Es müssen Sonderbestimmungen dafür geschaffen werden. Der Redner sprach auch über die Rolle des Reichswirtschaftsrates, der leider nicht die Macht hätte, die ihm gebühre. Er könne leider nur begutachten, während irgendein Vertreter eines kleinen Staates durch sein Stimmrecht im Reichsrat direkten Einfluß auf die Gesetzgebung hat. Der neue Reichstag hat die Mittel zur Behebung der Wohnungsnot, und von ihm wird auch eine Regelung der Hauszinssteuer gefordert. Sie muß mit der Behebung der Wohnungsnot aufhören und nicht, wie man hört, noch bis 1954 ausgedehnt werden. Regelung der Gewerbesteuer tut not. Der Reichstag hat also lebenswichtige Entscheidungen zu treffen. Derselbe Reichstag müsse in seiner Arbeit mehr qualitativ als quantitativ sein.

Wie sichert sich nun das Handwerk eine geeignete Interessenvertretung? Berufsstandpolitik ist nicht dasselbe wie Staatspolitik. Berufsstandspolitik darf nicht einseitig getrieben werden, sondern muß auch das Allgemeinwohl im Auge haben. Jetzt kämen wieder 4 Millionen Neuwählende dazu, die noch unter der Obhut des Vaters ständen, aber schon fähig, ihre politische Einstellung durch die Wahl zu bekunden. Da ist eine Wahlreform notwendig. Die Partei, die von den Handwerkern gewählt werden wolle, müsse Schutz des Eigentums und des Gewerbes in ihr Programm aufgenommen haben. Mit Genugtuung könne man feststellen, daß die Zahl der Handwerker in den bürgerlich-politischen Parteien sich vermehrt hat. Wenn kein zu großer Umschwung bei den Wahlen eintritt, werden sicher 5 Handwerkervertreter in den Reichstag und in den Landtag einziehen. Auf keinen Fall darf ein Handwerker der Partei der Nichtwähler angehören. 5 bis 6 Millionen hätten bei der letzten Wahl ihre Stimme nicht abgegeben, den größten Anteil daran hätten die Handwerker und andere Mittelständler. Redner richtete daher an alle den Appell, am 20. Mai an der Wahlurne zu erscheinen, denn die Stellung des Handwerkers im Staat hänge einzig von seiner Mitarbeit am Staat ab. Die Anwesenden dankten dem Redner durch reichen Beifall.

Zum Schluß wurde als Tagungsort für den nächsten Kreishandwerkertag Emsdetten gewählt.